

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mill im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Char. Ottenburg, I. Lrahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 2646 und 5347

Nummer 31

Berlin, den 4. August 1928

3. Jahrgang

Bericht über den Verbandstag in Hamburg.

In der Sitzung am Freitag wurden noch eine Anzahl Beschlüsse in bezug auf Satzungsänderungen gefaßt. Wir bringen die wichtigsten noch am Schluß des Berichts.

Danach wurde noch das Referat des Kollegen Schmidt-Dannover über

Das Arbeitsrecht in Entwicklung und Rechtsprechung

entgegengenommen. Davaus entnahmen wir:

Im Zeitalter der technischen Umgestaltung und Nationalisierung, wo sich alles überkürzt, alles im lebendigen Fluß ist, müssen wir feststellen, daß das Tempo der Entwicklung des Arbeitsrechts ein sehr langsames ist. Unternehmertum und die bestehenden Gesetze sind starke Hemmnisse der Weiterentwicklung. Das Arbeitsrecht ist Menschenrecht; die Arbeitskraft ist Nationalvermögen. Deshalb hat der Staat die Pflicht, das Arbeitsrecht, Arbeitszeitregelung und Arbeiterschutzesetze auszubauen.

Die Regelung des Vermögensrechtes darf nicht mehr Hauptaufgabe des Gesetzes sein, sondern erst kommt der arbeitende Mensch. Damit wird die Frage des Arbeitsrechts aber in unserer klassengetrennten Gesellschaft eine Weltanschauungsfrage. Es ist deshalb auch noch keine grundlegende Veränderung eingetreten, wenn man anstatt „Im Namen seiner Majestät des Königs“, „Im Namen des Volkes“ Recht spricht. Die Richter stammen in ihrer Mehrzahl aus Gesellschaftskreisen, die das Privateigentum als eine von Gott gewollte Einrichtung ansehen. Das neue Arbeitsrecht hat zwar einige neuzeitliche Anzüge gebracht; wir haben aber mit dem Wirklichkeitsgefühl der Richter zu rechnen. Damit erkennen wir doch die Fortschritte, die das Arbeitsgerichtsgesetz gebracht hat, an. Der Redner belegte diese Anschauungen mit einer sehr großen Reihe von Entscheidungen und Abhandlungen.

Eingehend wurde die Frage der Abdingbarkeit, des Verzichts auf Tariflohn und der Umgehung der Tarifvertragsverordnung vom Dezember 1918 behandelt. Die Stellung der Rechtsprechung und auch der Wissenschaft ist sehr uneinheitlich, wie an Hand von vielen Beispielen bewiesen wurde. Die Gewerkschaften stehen trotz aller juristischen Sophistiken auf dem Standpunkt, daß auch bei einem Verzicht, ob freiwillig oder stillschweigend, eine Umgehung der Tarifvertragsverordnung vorliegt.

Durch die Rechtsprechung in der Nachkriegszeit sind den Gewerkschaften weitgehende soziale Selbstverwaltungsaufgaben zugefallen. Außer der Tariffähigkeit haben die Gewerkschaften nach § 10 A.G. auch die Rechtsfähigkeit erhalten. Dadurch lautet die Frage auf, ob auch die wirtschaftsrechtlichen wirtschaftlichen Vereinigungen, Vaterländische Arbeitervereine usw. tariffähig sind. Auch über diese Frage besteht keine einheitliche Auffassung. Von uns kann eine Tariffähigkeit dieser von Arbeitsverbände ausgehenden und ausgehaltenen Vereinigungen nicht anerkannt werden, die Eigenschaft der sozialen Gegenparteierschaft ist nicht gegeben. Einmal erzwungene Maßnahmen werden wir nicht freiwillig angeben, wenn man auch noch so sehr schreit über Monopolstellung der Gewerkschaften.

Die Arbeitszeit- und Arbeiterschutzesbestimmungen müssen weiter ausgebaut und so gestaltet werden, daß klar und eindeutig der Schutz der Arbeitskraft ausgesprochen wird. Das Strafrecht ist dementsprechend auszubauen. Gewährt bisher das Strafrecht dem Vermögen, dem Eigentum weitgehenden Schutz, so ist zu verlangen, daß der Mensch als Träger der Arbeitskraft, des wichtigsten Volksgutes, noch besser geschützt wird. Der Artikel 137 der W.V. muß endlich erfüllt werden. Der Kampf um diese Erfüllung wird ein bestiger Klassenkampf werden.

Die Liebergenugung des Volkes muß die Quelle des Rechtes sein. Soll dies aber Wirklichkeit werden, dann muß die Anteilnahme der Arbeiterchaft überall zum Ausdruck kommen. Groß und schwierig ist die Aufgabe, hart wird um das gesteckte Ziel gestritten werden müssen. Haben wir die historische Aufgabe, eine neue Gesellschaftsordnung vorzubereiten, dann müssen wir auch den Mut und die Kraft aufbringen, eine neue Rechtsordnung zu erlassen. Unsere Kampfparole lautet: Soziales, neuzeitliches Gesetzbuch der Arbeit!

In der Aussprache verwiesen die Kollegen Karl und Meißner-Charlottenburg noch auf einige beachtenswerte Punkte.

In der Sonnabendssitzung hielt ebenfalls Stell. Schmidt-Dannover sein Referat über:

Die Bildungsbestrebungen und -veranstaltungen unseres Verbandes.

Massenbildung und Arbeiterbildung sind heute keine tönenden Schlagworte mehr. Größtenteils sehr schwierige Arbeit wird geleistet, um Besamnisse der „guten alten Zeit“ nachzuholen und den Anforderungen der Zeit zu genügen. Es ist selbstverständlich, daß die freien Gewerkschaften dieser Frage nicht abseits stehen. Für die Gewerkschaften kommt aber nicht Massenbildung, sondern gewerkschaftliche Zweckbildung in Frage. Von unserem Standpunkt gesehen, treten die Arbeiterhochschulen als neue Einrichtung beachtenswert hervor. Es ist daher das Streben eines jeden bildungsbewussten Arbeiters, eine dieser Anstalten, wie die Akademie der Arbeit oder Wirtschaftsschulen in Düsseldorf und Berlin, zu besuchen. Dabei werden naturgemäß sehr viele Hoffnungen zurüch gemacht, weil die Zahl der Zuhörerinnen nur begrenzt ist.

Au diesen Arbeiterhochschulen melden sich für jeden Lehrgang circa 40 Bewerber, während von unserer Organisation nur 12 bis 15 zugelassen werden. Seit 1922 delegierten wir 50 Kollegen und 10 Kolleginnen, drei Kollegen nahmen an einem zweijährigen Lehrgang teil. Die Anteilnahme der Kolleginnen kann eine bessere sein; trotzdem stellen wir von unserer Organisation 50 Proz. der Kolleginnen.

Unsere eigene Verbandsschule kann zu diesen Anstalten nur eine Vorschule sein. Massenbildung ist hier die Parole. Vorwiegend ziehen wir Funktionäre aus Provinzorten, wo wenig Bildungsmöglichkeiten bestehen, heran. Der Andrang ist aber auch hier in der Regel fünfmal so hoch wie die Zulassungsmöglichkeit. Der Lehrplan ist auf diese Funktionärschulung besonders abgestellt. Gegeben wird: Materialistische Geschichtsauffassung, Einführung in die Volkswirtschaft, Geschichte und Kämpfe der Gewerkschaften, Verwaltungs- und Betriebsratsfragen, Arbeitsrecht (Arbeitsgerichtsgesetz und Sozialversicherung). Der Bildungszwinger unserer Kollegen ist sehr groß, es können aber nur Vorkursen und Anleitungen gegeben werden. Mit welcher Freude und Anerkennung diese Bildungsmöglichkeit von der Mitgliedschaft aufgenommen worden ist, beweisen die vielen Anerkennungsbriefe. Unsere Schule in Weingarten soll keine Konkurrenzanstalt der Bundesschule des DGB sein.

Anteilnehmig werden alle Branchen zur Zulassung gleichmäßig berücksichtigt. Beschwerden hierüber, wie auch über unsere Schule überhaupt, haben wir noch nicht gehört. Auch hier muß die Anteilnahme der Kolleginnen eine größere werden. Leider sind die Kolleginnen schwer zu dieser Arbeit zu gewinnen.

Au der angeschlossenen Aussprache beteiligten sich die Kollegen Kruse-Pierheim, Kühn-Waldenburg, Apel-Zaluzungen und Fohl-Girschberg.

Im letzten Punkt der Tagesordnung „Wahlen“ wurden die Vorschläge der Statutenberatungskommission für die Wahlen zum Vorstand:

1. Vorsitzender: August Brey; 2. Vorsitzender: Karl Thiemig; 3. Vorsitzender: Albin Karl; 1. Kassierer: Carl Köhler; 2. Kassierer: Otto Stawitzki; Redakteur: Sebastian Krüll; 1. Sekretär: Otto Adler; 2. Sekretär: Frank Grokmann; 3. Sekretär: Richard Parsch; 4. Sekretär: Carl Schmidt; 5. Sekretär: Karl Müller; 1. Revisor: Heinrich Seel; 2. Revisor: Wilhelm Herden, durch Zustimmung gegen einzelne Stimmen gebilligt. Die Kassierer wurden einstimmig gewählt.

Die in Leipzig gewählte Bundesleitung wird bestätigt.

Dem wegen Alter zurücktretenden bisherigen zweiten Kassierer, Kollegen Reimerer, sprach Kollege Brey den Dank für seine langjährige Tätigkeit aus.

Darauf sprach Kollege Brey:

Da ich einmal das Wort habe, will ich auch, ohne daß ich das Einverständnis der beiden Vorsitzenden eingeholt habe, zu einer anderen Sache übergehen.

Wollmann scheidet als Bundesleiter aus. Wäre das nicht der Fall, wäre er Vorsitzender geworden. Ich wollte ihn gern überreden, seine Tätigkeit weiter auszuüben, aber er hat nicht auf mich gehört. Zu meinem Bedauern hat er es dem Verbandsrat gegenüber noch bekräftigt, daß er zurücktreten will. Wir hätten in Wollmann einen guten Berater gefunden. Wir sind ihm dankbar, dank auch der Akademie deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeiterbewegung insgesamt, da er geistig und moralisch dazu beitrug, die Arbeiterchaft in die Höhe zu bringen.

Drei Jahrzehnte war er für die Gewerkschaftsbewegung tätig. So lange kenne ich ihn. Deshalb steht mir ein Urteil über ihn zu. Die Arbeit, die Wollmann geleistet hat, war nicht leicht. Mögen uns auch die, die nicht im Dienste sind, manchmal beneiden, sie sehen nur immer den Sonnenschein, nicht aber auch die dunklen Stunden, in denen sich Gewerkschaftsangehörte befinden. Wir kennen die Stunden und lassen uns nicht entmutigen. Trotz schwerer Tage und Wochen, die auch Wollmann auszuhalten hat, haben ihn doch Fleiß und Wille und die unmittelbare Treue zur Sache anrechterhalten und dazu beigetragen, Schweres zu überstehen. Auch dafür sage ich ihm Dank. Damit werden auch die anderen einverstanden sein, daß Wollmann Dank verdient. Er hat sich an unsere Beratungen in hervorragender Weise beteiligt, vor allem in der Verschmelzungsfrage. Das ging nicht so leicht und glatt, wie manche es meinen. Er hatte in seinem engeren Bekanntenkreis auch Kollegen, die ihm nicht begeistert in dieser Beziehung zustimmten. Er überwand diese Widerstände und brachte das drohende Scheitern in den fernen Hafen der Versammlung.

Daß durch die Verschmelzung unsere Organisation stärker wurde, daß die Porzellan- und Glasarbeiter zu uns kamen, war mit ein Werk Wollmanns.

Nun geht er aus dem Dienst. Wir wünschen ihm einen ruhigen und vergnügten Lebensabend. Auch, daß er lange sein möge, und daß er ihn gesund vollbringt. Ferner wünschen wir ihm auch, daß er sich seines guten Humors und Fröhlichens als Begleiter weiterhin erfreuen möge. (Beifall.)

Apel, Charlottenburg:

Nach den Ausführungen des Kollegen Brey will auch ich als Vertreter der Branche Porzellan dem Kollegen Wollmann noch einige Abschiedsworte widmen. Am härtesten werden ja wir als „Branche Porzellan“ von dem Scheiden Wollmanns betroffen. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, ihn an dieser Stelle, wo er die Ehre hatte, zuletzt zu wirken, ihm meinen Dank auszusprechen. Wollmann ist der Gründer des Porzellanarbeiterverbandes. Er hat für die Porzellanarbeiter gewirkt und war ihr Führer vom Anfang des Verbandbestehens bis zum Ende. Er war auch der erste und letzte Vorsitzende des Verbandes. Wollmann war auch ein Führer in der Gewerkschaftsbewegung von großem Format. Wenn er auch nicht über den Rahmen seiner Berufsorganisation hinausgedrungen ist, das ist seiner Bescheidenheit zuzuschreiben. Wollmann hat die Organisation der Porzellanarbeiter aus Nicht-Dauerheim-Kabarett zur freien Gewerkschaftsbewegung übergeführt und damit in schwierigen Zeiten eine Tat vollbracht, die anerkannt werden muß. Wollmann hat gewerkschaftliche Notwendigkeiten sehr früh erkannt und sie auch durchgeführt.

Wollmann war aber nicht nur unser Führer, sondern auch unser Freund. Er hat ein goldenes Herz. Er war ein Vater in schweren Stunden. Dafür sind wir ihm besonders dankbar. Er hat aber auch für alle Mitglieder dieses goldenen Herz gehabt.

Wollmann hat auch den ersten Tarifvertrag für die Porzellanarbeiter im Jahre 1917 geschaffen. Er besetzt heute noch in seinen Grundzügen und hat damit den Weg für die spätere Tarifentwicklung frei gemacht. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, ihm im Namen der organisierten Porzellanarbeiterchaft an dieser Stelle herzlichsten Dank zu sagen. (Beifall.)

Girbig: Mehr wie 30 Jahre stehe ich mit dem Kollegen Wollmann in Verbindung. Uns beide verband gemeinsames Wirken. Auf eines möchte ich hinweisen. Wollmann wirkte in den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung mit. Es waren da nicht große Früchte zu ernten; es mußten auch Dornen mit in Kauf genommen werden. Deito höher in sein Mut einzulassen, der ihn besetzte. Den Mut anzuerkennen, ist unsere Pflicht. Mögen ihm nun an seinem Lebensabend auch Rosen gebracht werden.

Günther: Für die Gewerkschaft ist es mir auch ein Herzensbedürfnis, Wollmann für seine Tätigkeit zu danken. Bessere Worte wie die des Kollegen Brey lassen sich ja nicht finden. Uns überbleibt ein Wunsch. Wollmann scheidet zu gehen. Er kann aber immerhin einen gewissen Segen haben, denn es ist ihm vergönnt, bei seinem Scheiden sein Werk fertig zu sehen. Wir danken ihm dafür. Wir werden es weiterentwikkeln. Er möge uns, wenn es notwendig ist, mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Wollmann: Ich bin ganz überrascht über das Auftreten des Kollegen Brey, der ohne Wissen der Leitung mich so überumpelt hat. Es ist richtig, ich fühle mich angegriffen. Zu dem, was Brey sagte, will ich nun auch etwas erwähnen. Ich will auch meinen Empfindungen Ausdruck geben. Es wurde gesagt, daß man mich mit Bedauern gehen sieht. Ich hätte noch weiter mitarbeiten können; leider ist es nicht möglich. Ich weiß am besten, wie es um mich steht. Ich habe meine Lebensbejahung stets erkennen lassen, das hat auch mich belebt. Wenn es sich allein um Lebensbejahung weiterhin handeln würde, ginge ich noch nicht. Bei mir war immer entscheidend, starke Arbeits- und Lebensbejahung. Nun ist aber die Arbeitskraft schwach geworden. Ich muß nun von meiner Aufgabe und meinem Amte scheiden. Deshalb sage ich mir, der Wehr hat seine Schuldigkeit getan, er darf gehen. Ich bin es der Bewegung schuldig, zu gehen.

Vor 1 Jahrzehnten begann ich meine Tätigkeit in den ersten Anfängen des Organisationslebens. Kämpfe wurden geführt unter den schwierigsten Umständen. Es waren schlechte, ungeliebte Wege, auf denen wir schritten. Der Wegener war viel härter als wir. Wir marschierten noch im Tale, im Schatten, und hatten vor, bergauf zu wandern. Dieses Anwärtsstreben hat die Kräfte verzehrt. Ich stelle mich nun in den Schatten, weil ich mich. Von da aus beobachte ich den Weitermarsch, den Genährde führen, und ich bin überzeugt, sie werden die Arbeiterchaft weiter hinein führen. Ich sehe die Gipfel, ihr werdet sie noch ersteigen. Das werde ich noch eine Zeitlang beobachten, und wenn ich es mir angebracht halte, werde ich auch noch in eure Reihen rufen und euch anfeuern. Ihr werdet also weiter führen, weiter zum Licht, und das gibt mir die Genugung, daß ich nicht umsonst gelebt habe. Kräfte kann ich euch nicht zurücklassen, aber trotzdem möchte ich euch etwas vermachen, das ist die heime Liebe zu unserer Sache. Das ist ein Ding, von dem man nie genug haben kann. Mit Liebe und gutem Willen muß man der Arbeiterchaft dienen. Ich wünsche, die Arbeiterchaft möge an ihr Ziel gelangen, mit unserer aller Hilfe. (Beifall.)

Daraufhin hielt Kollege Karl eine kurze Ansprache, in der er darauf hinwies, daß er das ihm geschenkte Vertrauen mit Liebe und Hingebung zur Sache würdigen werde.

Für den kranken bisherigen Vorsitzenden des Ausschusses, Kollegen Wrahn wurde der Kollege Karl Remschow, Altona, Brabmsstr. 4, 1. als Vorsitzender des Ausschusses einstimmig gewählt.

Der Ausschuß behielt seinen Sitz in Hamburg.

Unter großer Zustimmung des Verbandstages wurde als nächster Verbandstagsort München bestimmt.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Nun hielt noch Kollege de Jonghe, Holland, im Namen auch der Oesterreicher und schiedlichen Vertreter eine kurze Abschiedsrede. Er führte aus: Es ist mir eine Ehre, im Namen der Gäste dem Verbandstag Dank zu sagen für die Einladung. Wir wollen uns vieles von dem Gehörten und Gesehenen für unsere Organisationen zunutze machen. Als Vertreter der holländischen Fabrikarbeiter halte ich es noch für notwendig, auf einiges hinzuweisen. In Holland nahmen wir in den letzten Jahren das größte Interesse an der deutschen Gewerkschaftsbewegung und am Fabrikarbeiterverband Deutschlands. In der Isolationszeit konnten wir von unseren Unternehmern vielfach das Argument hören: In Deutschland wird billiger gearbeitet und die Arbeitszeit ist länger. Dadurch entsteht uns Konkurrenz. Wir haben uns gegen diese Argumente zur Wehr gesetzt und darauf hingewiesen, daß das sicher nur vorübergehend sein wird. Und wir haben Recht behalten. Wir hören heute noch Wollmann auf der internationalen Keramarbeiterkonferenz in Karlsbad sagen, daß in Deutschland die Arbeitszeit kürzer ist als in Holland, wenn die Krise vorbei ist. Das war richtig. Unser Vertrauen in die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist erfüllt. Zuge hat die Widerstände überwinden und die Gefahren für die ausländische Gewerkschaftsbewegung beseitigt. Die holländischen Unternehmer können ihre Ausrede nicht mehr anwenden.

Wir müssen gemeinsam alles aufbieten, verlorengegangenes zurückzugewinnen und neues hinzuzuerobern. Der Kollege

Musik, die wir regelmäßig in Sitzung standen, wird uns weiter Freundschaft halten.

In unserem Lande bestehen zwischen den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei die herzlichsten Beziehungen. Die Vereinbarungen zwischen beiden haben eine jahungsgemäße Regelung erfahren. Das ist unser Vorteil. Wir beraten gemeinschaftlich und machen gemeinschaftlich große Entscheidungen. Darin liegt die Stärke der holländischen Arbeiterbewegung. In Holland werden im nächsten Jahre Wahlen sein, und wir wünschen heute schon, daß sie uns den Sieg bringen werden, weil wir die darin liegenden Vorteile für die Arbeiterschaft erkennen, während wir euch Deutschen Glück zu eurem Wahlsieg. Möge es bald zum Wohle der gesamten Arbeiterklasse, national wie international, auswirken. Wenn der internationale Zusammenbruch in der nächsten Zeit noch besser wird, wird damit auch die Macht der Arbeitgeberseite gebrochen werden können. Es wäre für die gesamte internationale Arbeiterklasse idealisch, wenn Gewerkschaften und Sozialdemokratische Parteien zusammen arbeiten würden. Daraus würde eine starke internationale Bewegung erwachsen und der internationale Gedanke gehen werden. Möge es bald dahin kommen, daß sich die Arbeiterklasse und die Internationale wieder vereinigt. (Beifall.)

Lindeahl, Stockholm: Wir haben auf eurem neuen Kongress neue Anregungen empfangen; ich danke dafür im Namen der schwedischen, norwegischen und dänischen Genossen und Genossinnen. Ich habe aber auch erkannt, daß sich das Sprichwort bewahrheitet: Rom ist nicht an einem Tage erbaut worden. In der Gewerkschaftsbewegung muß man mit Realitäten rechnen. Sie haben gute und schöne Erfolge gehabt, aber auch sicher noch sehr viel zu tun, um weiteres zu erringen. Unser Ziel wird immer bleiben, durch Einigkeit und Aufklärung der Arbeiterschaft den Sozialismus zu erreichen. Die ganze Welt muß unser werden. Unsere Bestrebungen in allen Ländern sind gleich. Mögen Ihre Beschlüsse Ihrem Verbande zum Nutzen gereichen.

Kollege Brey dankte darauf den beiden ausländischen Genossen und kam zu seinem Schlusswort.

Er jagte u. a.:

Wir haben eine wichtige und umfangreiche Tagesordnung in kurzer Zeit erledigt. Das wir das konnten, verdanken wir der Hilfsbereitschaft vieler Genossen. Vor allem unserer Ortsverwaltung in Hamburg und ihren Hilfskräften. Diese Bereitwilligkeit hat uns nicht nur bei der Erledigung unserer Geschäfte geholfen, sondern auch den Gassen und unseren anwesenden Frauen, die in Hamburg nicht nur die Licht-, sondern auch die Schattenseiten seiner Bevölkerung kennen lernen konnten. Dank gebührt auch der Leitung des gemeinsinnigen Verkehrsvereins für die Unterstützung und Hilfe. Wir haben dadurch den Hamburger Frauen, die Schlagader des Weltverkehrs, und den weltberühmten Tierpark von Zoologengarten in Zoologengarten gekannt. Wir danken dafür. Auch den Hamburger Sängern und Sängerinnen sowie den Musikern gebührt unser Dank. Wir hätten so etwas für selbstverständlich und nur gollige Leute, denen die Gasse ausgetreten ist, können darüber meckern. Auch den Chronographen und seinen Hilfskräften sowie dem Berichtschreiber danken wir für die Unterstützung. Dank gilt auch der Ortsverwaltung.

Man in den Beschlüssen. Wir haben die sozialen Probleme der Zeit, der Wirtschaft und der Sozialpolitik behandelt. Wir wissen, wie tief die Probleme nicht mit einem Schlag, sondern der Lösung aber näher mit dem Ausbau der Organisation. Wir danken dies der Einheit der Organisation. Wir haben nicht geklappt. Die Spalter liegen anderwärts. In der Lohn- und Tarifbewegung wurde vom Verbandstag unsere Laktul bekräftigt.

Wir führen die Invalidenunterstützung ein. Neben der Art der Unterstützung wurden Kämpfe geführt. Bedenken grundsätzlicher Art bestanden nicht. Die Verhandlungen haben dazu beigetragen, eine Reihe unbegründeter Bedenken zu zerstreuen. Damit wird für unsere Arbeit etwas geschaffen und diese dankt für die Treue und die Verbundenheit, die sie für den Verband vertritt. Dieser Bericht ist gleichbedeutend mit einem Aufruf zu weiterer Verbandsarbeit. Er zeigt den Weg an, der nach vorwärts und aufwärts führt.

In § 2 unseres Statutes haben wir unsere Ziele auf neue bestimmt und damit legen wir wieder unser Bekenntnis zum Sozialismus ab. Wir beschäftigen und beschäftigen, was uns als Ziel für den Verband verspricht. Mit der Schaffung eines Internationalen Arbeitsvertrages bezwecken wir eine Erweiterung der Hilfe für die Invaliden und Frauen.

Auch zum Gewerkschaftskongress haben wir vorbereitend und vorbereitend unsere Wünsche geäußert.

In der Tagesfrage wollen wir dem Grundlag halbsinnig, was die Tagesfrage hat, hat die Zukunft. Wir wollen damit erreichen, daß sich die Tagesfrage für die ersten sozialen Probleme mit einstellt und im Rahmen der Organisation für deren Lösung mit eintritt.

Zum Arbeitsrecht und der Rechtsentwicklung sowie der Rechtsprechung haben wir in unserer Entscheidung Richtlinien und Hinweise gegeben.

Mit den Hinweisen auf unsere Bildungsveranstaltungen und Bildungsmöglichkeiten unseres Verbandes haben wir gezeigt, wie wir uns bemühen, auch in dieser Richtung vorwärts zu kommen.

Ich glaube feststellen zu können, daß vom Verbandstag gute Arbeit geleistet worden ist. Manches würde vielleicht anders gewünscht, aber nun ist so beschlossen und der Vorstand, wie auch die Delegierten werden sich für die Verwirklichung einsetzen. Wir können mit dem Bewußtsein schließen, daß wir fruchtbar gearbeitet haben. Wir sind bestrebt gewesen, die Wege besser zu ebnen. Damit bieten wir Trutz unseren Klassenfeinden und denen, die außerhalb unserer Organisation, unorganisiert stehen, sowie den Schwärmern und Verleumdern. Mit einem Hoch auf den Verband fand die Tagung ihr Ende.

Zum § 13, Nutzen der Beitragspflicht, wurde beschlossen:

Bei nachgewiesener Arbeitslosigkeit und bei arbeitsunfähigen Kranken kann die Mitgliedschaft durch Leistung eines wöchentlichen Erwerbslosenbeitrages von 10 Pf. anrecht erhalten werden, wenn in dieser Zeit Erwerbslosenunterstützung nicht bezogen wird.

Mitglieder, die während ihrer Mitgliedschaft invalide geworden, d. h. auf Grund ihrer körperlichen Beschaffenheit nicht mehr in der Lage sind, ein Drittel des ortsüblichen Tagelohnes zu verdienen oder infolge ihres körperlichen oder geistigen Zustandes an der Ausübung ihres Berufs oder einer anderen gewerblichen Tätigkeit dauernd oder mit Unterbrechungen sehr oft verhindert sind, sowie Mitglieder, die infolge ihres Verhaltens mit gewisser Regelmäßigkeit erwerbslos sind, haben einen Wochenbeitrag von 10 Pf. zu zahlen. (Fortsetzung wie im bisherigen Statut.)

Erwerbslosen-Unterstützung

Table with columns: Beitragswochen, pro Tag, pro Woche, pro Monat, pro 3 Monate, pro 6 Monate, pro Jahr. Rows for 35, 45, 60, 75, 85 Pf.

Wochenbeitrag

Table with columns: Beitragswochen, pro Tag, pro Woche, pro Monat, pro 3 Monate, pro 6 Monate, pro Jahr. Rows for 35, 45, 60, 75, 85 Pf.

Wochenbeitrag

Table with columns: Beitragswochen, pro Tag, pro Woche, pro Monat, pro 3 Monate, pro 6 Monate, pro Jahr. Rows for 100, 110, 120, 140 Pf.

Wochenbeitrag

Table with columns: Beitragswochen, pro Tag, pro Woche, pro Monat, pro 3 Monate, pro 6 Monate, pro Jahr. Rows for 180, 180, 200, 230 Pf.

Wochenbeitrag

Table with columns: Beitragswochen, pro Tag, pro Woche, pro Monat, pro 3 Monate, pro 6 Monate, pro Jahr. Rows for 280, 280, 350, 420 Pf.

Wochenbeitrag

Table with columns: Beitragswochen, pro Tag, pro Woche, pro Monat, pro 3 Monate, pro 6 Monate, pro Jahr. Rows for 52, 156, 260, 416, 520, 624, 760, 1040 Pf.

Streik- und Gemafregelungen-Unterstützung

Table with columns: Beitragswochen, Bei einem Wochenbeitrag von (in Pfennigen): 35, 45, 60, 75, 85, 100, 120, 140. Rows for 18, 23, 25, 156, 260, 52 Pf.

Bei einem Wochenbeitrag von (in Pfennigen)

Table with columns: Beitragswochen, Bei einem Wochenbeitrag von (in Pfennigen): 35, 45, 60, 75, 85, 100, 120, 140. Rows for 18, 23, 25, 156, 260, 52 Pf.

Das Sterbegeld beträgt:

Bei einem Wochenbeitrag von (in Pfennigen)

Table with columns: km, Wochen, Bei einem Wochenbeitrag von (in Pfennigen): 35, 45, 60, 75, 85, 100, 120, 140. Rows for 104, 156, 208, 260, 312, 364, 416, 468, 520, 572, 624 km.

Das alte noch Bestehende beträgt:

Das Umzugsgeid beträgt:

Entfernung km

Table with columns: Entfernung km, Wochen, Bei einem Wochenbeitrag von (in Pfennigen): 35, 45, 60, 75, 85, 100, 120, 140. Rows for 20-50, 51-100, 101-150, 151-200, 201-250, über 250 km.

Im Verbandsstabsbericht wurde der Kollege Krause Bitterfeld irrtümlich der sogenannten Opposition zugezählt. Das stimmt nicht. Er gehört nicht dazu.

In Alexandria.

Von Walter G. Schillewiski.

Fabrian, unser dickbäuchiger, wie eine Taube nachträglich Krabbelkäfer, kriech der Tageszettel für den 10. Oktober ist. Das war unter Palenten; ein heftiger Vorderfuß, die Sauglader unserer Nase. Wie der H. Kriecher kriechen wir und Schmeißer mit Schmeißer nur an der Reihe. Schmeißer es bald Mittag gehen, es noch ganz hell ist und der Wind. — So lag drüber oben Kriecher. Von dem kühnen Himmel anfranz glänzte das Reichland über, ein Dörfchen, das Alexandria.

Schmeißer und Schmeißer an Tod.

Alexandria, wir sind wieder einmal da, vollere veränderte als alle Zeiten und die Schmeißer. Wie man nach oben sieht, die Schmeißer hat, die Schmeißer hat, die Schmeißer hat, es gibt nur noch alles Schmeißer, Schmeißer.

Schmeißer, ich liebe dir, dem huldigen Schmeißer vom vorigen Jahr wieder ich noch eine Wort. — Wie Dem Schmeißer, der wieder mit mir unter Schmeißer die Welt ist, das soll einen Schmeißer geben.

Schmeißer hat ganz rot im Gesicht. Ein Schmeißer hat in der Schmeißer, es war Schmeißer bei im Oktober, das Schmeißer hat und kann Schmeißer um untere Schmeißer.

Die Schmeißer, ein Schmeißer der Schmeißer Oriental Company hat mit Schmeißer Schmeißer und Schmeißer Schmeißer vor uns.

Schmeißer wachte am Schmeißer. In der Schmeißer, schmeißer hat wir im Schmeißer von Alexandria. Schmeißer Schmeißer die Schmeißer ab; das Schmeißer hat in die Schmeißer. Schmeißer sprang auf die Schmeißer, hat die Schmeißer, grab beide Hände in die Schmeißer; nun schmeißer hat Schmeißer wieder an Schmeißer. Wir standen dann alle lange Schmeißer mit auf dem Boden. Wir standen ganz fest. Schmeißer hat in der Schmeißer. Um uns drehte sich die Welt.

Die gegen Schmeißer hat die Schmeißer; Schmeißer und Schmeißer hat M. G. Schmeißer & Co. Eine Schmeißer, sage ich, schmeißer lang. Der Schmeißer, lege Schmeißer in die Schmeißer.

rote und dreifache Haut. Wir rohen kauerlich, wir stanken. Nach dem Essen wuschen wir uns die Hände, steckten uns saubere Taschentücher ein, schlagen uns den Rest Schmeißer in den Bauch, damit wir lustig wurden, und janzern dann, schön wie wir waren, vier Mann hoch, fidel und munter in das dreifache Wir-kauerlich.

Das hatte es, der alte Josua G. Schmeißer G. Kriecher und ich ein anständiges Pfund in der Tasche.

In der Schmeißer Schmeißer Schmeißer wir holländische Schmeißer an und stecken Ihren Franzosen in die Schmeißer. Die Schmeißer Schmeißer über diesen Josus. Dann wollten wir uns am Schmeißer Hotel vorüber in das Schmeißer Caféhaus; vom Wert war vorerst keine Spur zu sehen. Schmeißer in, kauerlich Schmeißer war jeder einen halben Schmeißer in die Hand und bekamen Schmeißer ein schwarzes Getränk, das wir, weil wir Schmeißer waren, mit verbräunten Augen hinuntergoßen. Ein ziemlich häßliches Arabermädchen (O G!) schmeißer uns Koffertschmeißer, jedoch der verführerische Schmeißer nach Schmeißer und ränderter fürchterlich, wir warfen das Zeug bald wieder in die Erde. Josua schmeißerte nur nach dem huldigen Schmeißer; der Kriecher und untere Schmeißer wie eine Maus über die Leiter schmeißer sein. Er ist doch sonst nicht so.

Das Arabermädchen von vorher wackelte einen Wandsturz vor unseren Füßen; Tim dachte wehmütig an Dago, ich an die kleine Marianna, alle vier lagen wir nächsten an dem Boden. „Wollen wir hier bleiben?“ kauerter der alte Josua ungeduldig. „Ja, nur den Rücken kriegen, der Kriecher bleibt jetzt lebendig in diesem Staat. Er wird dreifach sein. Wir wollen ihm die Haut haben.“ „Kommen wir“, kauerter er Schmeißer-Kriecher an, so das ich hören konnte. Und beide trafen hinaus. Ich hinterher. Timm schmeißerte das Schmeißer.

Erst war es Schmeißer, dann war man draußen, über uns lag der ostindische Himmel. Wir standen in einem mit Dattelweizen bewachsenen Bierfeld; die Strohe ging hintenwärts vorbei. Ein innerer Duft schmeißer uns an. Am Ende des Laufes war Licht. Josua sah hinein — „Da, Kriecher, bringen wir hierher.“

Ich frante mich sehr auf das Vergnügen. Der weiß, was Josua in Sinn hatte, was ihn ergreife, was ihn die Kriecher schmeißer reifen ließ, der alte Schmeißer schmeißer sich aus in jeder Schmeißer.

Da gab es auch schon Krach in der Kambüse. Wir lagen hinein; da hatte Josua den Türken fest und sozalam auf der Teppich gelegt. Er polkte an ihm herum, daß der arme Araber schrie und zerkerte, und war wirklich wild geworden und im Schmeißer, mit seinem Taschmesser die Haut des Türken zu schmeißer. „Hallo, Josua, nicht so toll“, kauer Schmeißer-Kriecher — da sprang auch schon ein baumlanges Beduine Josua in der Kriecher. Nun wachte auch ich hinein, das Licht wachte aus der Türle Schmeißer, der Beduine hie mich in den Rücken, um hinten dazwischen, daß das Haus wackte; es gab eine wühl Schmeißer, das ganze Kriecherhaus kam in Bewegung, wir schmeißer durcheinander, immer mehr baumlange Kerle kamen hinzu, die Kriecher radernte, mit einem echt orientalischen Schmeißer legen wir auf die Straße.

Wie in Deutschland. Wie in Hamburg. Schmeißer, zerbrach, grinsten wir uns an. Josua schmeißer immer. Ein roter Araber Mut ließ ihm das Gesicht hinunter. — geraderwärtig in den Bart. Schmeißer-Kriecher Finger hing aus der Reihe. — Witterlich schmeißer den Kriecher im Rücken. Und mein Rücken schmeißerte, als läße Josua Taschmesser darin.

Wie in Deutschland. Wie im Blauen Hecht“ orientiert wir alle vier. Nach in Alexandria wird rausgeschmeißer; man soll sich anständig benehmen, sagen die Leute. Aber die Schmeißer war: Wir waren lustig, toller Dinge und noch nächsten. Wir müssen immer einen Schmeißer haben, zum Teufel noch; der Wasser wackelt einem das Gehirn aus. Man kann ja sonst Schmeißer werden, sage ich.

Es ist nicht ein bloßer frommer Wunsch für die Menschheit, sondern es ist die unerlässliche Forderung ihres Rechts und ihrer Bestimmung, daß sie so leicht, so frei, so gebietend über die Natur so echt menschlich auf der Erde lebe, als es die Natur nur irgendetwas. Der Mensch soll arbeiten; aber nicht wie ein Schmeißer das unter seiner Würde in den Schlaf sinkt und nach der nächsten dämlichsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Würde wieder aufsteht wird. Er soll anstrengen, mit Lust und mit Freude arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Abbild er gebildet ist. (Der geschlossene Handelsstaat)

Nationalisierung und Arbeitslosigkeit.

Die Tatsache, daß die Nationalisierung zahlreiche Arbeitskräfte überflüssig macht, läßt ihre Maßnahmen als wichtigste Ursache der Arbeitslosigkeit erscheinen. Es ist jedoch sehr schwierig festzustellen, welchen Anteil die Nationalisierung wirklich an der Arbeitslosigkeit hat. Zwar gibt es in fast allen Ländern eine Arbeitslosenstatistik, nirgends werden jedoch mit der Arbeitslosigkeit an sich auch ihre Ursachen ermittelt, abgesehen davon, daß dies in den seltensten Fällen möglich sein dürfte, und doch neben den Nationalisierungsmaßnahmen auch die Jahreszeit, die Wirtschaftslage, der Industriezweig und andere Faktoren für die Arbeitslosigkeit maßgebend. Man kann im allgemeinen sagen, daß Nationalisierungsmaßnahmen, wenn sie in Zeiten günstiger Wirtschaftslage durchgeführt werden, durchaus keine Entlassung zur Folge haben müssen. Meistens ist es jedoch so, daß in Zeiten wirtschaftlicher Depression nationalisiert wird, da diese Zeit infolge des Fehlens von Aufträgen für Betriebsumstellungen günstig ist. Darüber hinaus ist in den Zeiten der Depression meistens das Kapitalangebot größer, und Kapital ist zur Nationalisierung fast immer erforderlich. Wenn nun in der Depressionsperiode rationalisiert wird, bedeutet dies für die von der Wirtschaftskrise Betroffenen eine Verschärfung und häufig auch eine Verlängerung ihrer Arbeitslosigkeit. Man muß sich jedoch hüten, die Wirkung der Nationalisierung auf den gesamten Arbeitsmarkt zu überschätzen, da ja in der Regel eine Industrie nicht auf einmal umgestellt wird, sondern meistens betriebsweise. Häufig gehen auch in den einzelnen Betrieben Nationalisierungsmaßnahmen nur schrittweise vor sich. Diese Tatsache ermöglicht, wenigstens im heutigen Stadium der Nationalisierung, wo noch nicht alle Betriebe und Gewerbe im gleichen Maße von ihr erfaßt werden, eine allmähliche Umschichtung der Arbeitskräfte, eine Abwanderung nach Arbeitsstätten, wo Arbeitskräfte gebraucht werden. Es wird also infolge der Nationalisierung in der Regel eine vorübergehende Arbeitslosigkeit verursacht werden, deren Dauer von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängt. Die Nationalisierung kann sogar eine verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften zur Folge haben, nämlich dann, wenn durch ihre Maßnahmen eine Verringerung der Herstellungskosten und damit eine Senkung der Preise eintritt, die einen gesteigerten Verbrauch zuläßt. Leider wird diese Möglichkeit häufig durch die monopolistische Preisbildung der Kartelle und Trusts durchkreuzt.

Die wissenschaftliche Monatschrift des Internationalen Arbeitsamts, „Internationale Rundschau der Arbeit“, untersucht dieses Problem einer eingehenden Prüfung. Es wird dabei festgestellt, daß die Verdrängung der Arbeiter am auffallendsten bei der Einführung automatischer Maschinen usw. in Erscheinung tritt. Es sei nur an die Tatsache erinnert, daß zum Beispiel die Einführung neuer Maschinen in der Maschinenindustrie es ermöglicht hat, die Handarbeit im Verhältnis von 40:1 zu reduzieren. Ein geringer Anstieg für die entlassenen Arbeitskräfte infolge der technischen Nationalisierung dürfte die verstärkte Nachfrage nach Maschinen und den dazu erforderlichen Arbeitskräften mit sich bringen. Auch die durch die verbesserte Technik ermöglichte Verbilligung der Produktion ist geeignet, die auf der einen Seite entstehende Arbeitslosigkeit auszugleichen. Durch die Einführung der Seemaschine sind zwar zahlreiche Handwerker überflüssig geworden. Die Seemaschine hat jedoch das Windmühlengewerbe so stark gefördert, daß es heute eine wesentlich größere Anzahl von Arbeitern beschäftigt als vor Einführung dieser neuen Maschine. Durch die Erfindung der Schreibmaschine ist der Beruf der Handschreiber vollständig verdrängt worden, dafür ist der Beruf der Stenotypisten bzw. der Stenotypisten entstanden, in dem heute eine weit höhere Anzahl von Personen beschäftigt sind. Zweifellos gibt es Industrien, in denen die Voraussetzungen nicht so günstig sind. Praktisch wird man bei der fortschreitenden Mechanisierung mindestens vorübergehend mit der Arbeitslosigkeit gewisser Berufsgruppen rechnen müssen, deren Wiedereintritt in eine Beschäftigung von verschiedenen Umständen des Marktes abhängt. Ähnlich liegen die Dinge bei den anderen Nationalisierungsmaßnahmen, z. B. die wissenschaftliche Arbeitsorganisation in den Betrieben oder die bessere wirtschaftliche Organisation ganzer Industrien, sowie die industrielle Konzentration durch die Bildung von Kartellen und Trusts. Diese Maßnahmen bezwecken eine bessere Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse des Marktes, eine Verringerung der Verschwendung und eine Verbilligung der Produktion und des Warenverkehrs. Bei den Kartellen kommt es häufig vor, daß unrentable Betriebe stillgelegt werden. Hier werden also zahlreiche Arbeiter nicht nur vorübergehend arbeitslos, sondern können diese Arbeitskräfte in der Regel vom Kartell in den zu besseren Bedingungen arbeitenden Betrieben wieder eingestellt werden. So können sich organisatorische und kartellistische Maßnahmen auf den Arbeitsmarkt durchaus günstig auswirken, wenn die durch diese Maßnahmen verbesserte und verbilligte Produktion in einer Senkung der Preise und einer Erhöhung der Löhne ihren Ausdruck findet. Daß die Kartelle durch ihre monopolistische Diktatur diese Vorteile ihres Zusammenrückens häufig unwirksam machen, ist bereits betont. Es wäre jedoch falsch, deshalb den Kampf gegen die industrielle Zusammenfassung an sich zu führen. Der Kampf muß geführt werden gegen den Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtstellung und für einen angemessenen Anteil der Arbeiter an den wirtschaftlichen Erfolgen der technisch und organisatorisch verbesserten Produktion. Dann ist eine Verschleppung des Arbeitsmarktes durch diese Maßnahmen nicht zu erwarten.

Daß es schwer ist, die Nationalisierung als die Ursache der Krise zu bezeichnen, zeigt die „Internationale Rundschau der Arbeit“ an zwei Beispielen, nämlich Deutschland und Amerika, zwei Ländern, in denen die Nationalisierung einen bedeutenden Umfang angenommen hat. Die große Krise des Weltarbeitsmarktes liegt schon vor dem Beginn der Nationalisierungsperiode. Sie hat im Jahre 1920 begonnen und wurde in erster Linie durch die von Amerika ausgehende Deflation verurteilt. In Deutschland war vor 1921 von Nationalisierung kaum die Rede, während die Wirtschaft im Jahre 1922 infolge der Inflation vollständig zusammengebrochen war. Mit dem Jahre 1921, d. h. mit dem Ende der Inflation und der Stabilisierung der Wertaufhebung das Ausschneiden der wirtschaftlich ungelungenen Betriebe, das in der hohen Zahl der Konturle seinen Ausdruck findet. Während die Zahl der vom Staat unterstützten Arbeitslosen sich im Dezember 1922 auf 1 1/2 Millionen belief, betrug sie im Juni 1923 nur noch 195 000. Das Verhältnis der Arbeitslosen zu den Vollarbeitern innerhalb der Gewerkschaften ist in diesem Zeitraum von 28,2 Proz. auf 15,2 Proz. gesunken. Ende 1925 und Anfang 1926 hat die Zahl der Konturle infolge der hohen Kreditrestriktionen der Reichsbank wieder zugenommen. Es gab im Januar 1926 wieder 2 Millionen unterstützte Arbeitslose, im Januar 1927 1,8 Millionen, und erst im Verlauf des Jahres 1927 ist ein wesentlicher Rückgang eingetreten. Während der ganzen Zeit seit 1924 ist in Deutschland fast rationalisiert worden, wenn auch einzeln, hauptsächlich nach der technischen und organisatorischen Seite hin. Argentinien läßt sich also über den Rationalisierungsprozess in einem Zeitraum von vier Jahren in Deutschland nach, daß in den ersten 18 Monaten eine bedeutende Verringerung der Arbeitslosigkeit, in den nächsten 18 Monaten eine ganz wesentliche Steigerung eingetreten ist, während das letzte Jahr, das zweifellos außerordentlich stark im Zeichen der Rationalisierung stand, wieder eine Verringerung der Arbeitslosigkeit mit sich brachte. Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß es

Schwierig ist zu behaupten, es bestehe ein allgemeines Verhältnis zwischen Nationalisierung und Arbeitslosigkeit.

In den Vereinigten Staaten hat die Nationalisierung einen besonderen Umfang angenommen. Sie hat in erster Linie zu einer allgemeinen Produktionssteigerung und auch zu einer wesentlichen Steigerung der Leistung des einzelnen Arbeiters geführt. Die amtlichen statistischen Unterlagen zeigen eine Steigerung der Gesamtproduktion von 1919 bis 1925 um 25 Proz., diese Steigerung hat sich im Jahre 1926 auf 29 Proz. erhöht, um im Jahre 1927 um ein Geringes auf 26 Proz. zu sinken. Die Leistung des einzelnen Arbeiters ist seit 1919 durchschnittlich um 37 Proz. gestiegen, wobei nach statistischen Berechnungen im Jahre 1927 in den Betrieben 8 Proz. weniger Arbeiter beschäftigt waren als 1919. Da diese Statistik jedoch nicht alle Industrien umfaßt, sondern nur Stahl und Eisen, Textil, Nahrungsmittel, Papier und Buchdruck, Holz, Automobile, Schuhe und Leder, Zement, Ziegel, Glas, andere Metalle, Petroleum, Kautschuk und Tabak, ist nicht anzunehmen, daß die Erparnis von 8 Proz. Arbeitern dem Arbeitsmarkt arbeitslos läßt. Es sei nur daran erinnert, daß allein infolge des verstärkten Autoverkehrs 750 000 Personen in den Garagen und Gasstationen usw. Beschäftigung gefunden haben. Über 2 000 Arbeiter kommen in der neuen Maschinenindustrie Beschäftigung finden. Eine wesentliche Steigerung der Beschäftigung hat sich auch im Baumwesen ergeben, bezugnehmend im Hotel- und Gastwirtsgebiete, wo die Personalsteigerung seit 1919 auf eine halbe Million geschätzt wird. In den Jahren 1922 bis 1923, in denen die Nationalisierung im vollen Gange war, ist in den Vereinigten Staaten von Arbeitslosigkeit kaum die Rede gewesen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß man in den Vereinigten Staaten den Normalstand der Arbeitslosigkeit immer mit einer halben Million ansetzen muß. Seit Ende 1927 macht sich jedoch auch in den Vereinigten Staaten eine herbe Arbeitslosigkeit bemerkbar. Infolge des Rückgangs amtlicher Statistiken ist die Gesamtzahl nicht zu ermitteln. Die Schätzungen schwanken zwischen zwei und sechs Millionen. Das innerhalb dieser Arbeitslosigkeit der Nationalisierung ein bestimmter Anteil zusammen, ist nicht zu bezweifeln. Das Ausbleiben der Arbeitslosigkeit an sich wird aber in den Vereinigten Staaten auch von Seiten der Gewerkschaften weniger auf die Nationalisierung als auf eine sich ankündigende Wirtschaftskrise und einige anderen wirtschaftlichen Faktoren zurückgeführt, zu denen man die hohen Inflationswerte vorangehende wirtschaftliche Krise, die Reorganisation der Korbwerke, die Wirtschaftskrisenüberwindungen usw. rechnet. Gerade in Amerika ist aber unüberkennbar mit der Nationalisierung eine Verbilligung der Produktion und eine Erhöhung der Löhne, d. h. eine Steigerung der Kaufkraft, verbunden, die neuen Bedarf hervorruft und auf diese Weise etwa durch die Nationalisierung frei werdende Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozess einreißt. Indirekt dürfte allerdings die amerikanische Nationalisierung zur Arbeitslosigkeit mit beitragen haben, insofern, als der Rationalisierungsprozess heute alle Industrien erfaßt hat und auf diese Weise unmittelbar eine Senkung aller Preise herbeiführt, eine Senkung des gesamten Preisniveaus, mit dem der Umlauf der Zahlungsmittel nicht Schritt gehalten hat.

Auch das amerikanische Beispiel zeigt, daß der Anteil der Nationalisierung an der Arbeitslosigkeit sehr schwer zu bestimmen ist. Jedenfalls läßt sich ein unmittelbares Verhältnis nicht feststellen.

Es läßt sich jedoch auf Grund der überall gemachten Erfahrungen nicht bestreiten, daß ein Teil der Arbeitslosigkeit auf das Konto der Nationalisierung kommt. Dies ist ein Mangel der Nationalisierung, der noch ausgeglichen werden muß und kann. Die Nationalisierung bekämpft die Verschwendung. Ist es jedoch nicht die denkbar größte Verschwendung, eine wirtschaftliche Draconisation durchzuführen, bei der eine ungeheure große Zahl von Arbeitskräften brach liegen, lebendige Menschen, denen für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ein Existenzminimum sichergestellt werden muß. Das Manko der Arbeitslosigkeit muß abgedeckt werden durch eine ausreichende Verschönerung. Die durch Nationalisierung entstehende Arbeitslosigkeit muß abgemindert werden durch eine systematische Draconisation des Arbeitsmarktes, der Berufsausbildung und ähnlicher Maßnahmen. Die wichtigste Aufgabe zur Verbilligung der Arbeitslosigkeit ist jedoch der Nationalisierung selbst zu. Sie muß es vermeiden, Menschen arbeitslos zu lassen, genau so wie sie es heute schon häufig zu vermeiden sucht, daß Maschinen stillstehen. Die Nationalisierung wird nur dann eine wirkliche Nationalisierung sein, wenn sie den Arbeiter nicht, und zwar nicht als Maschine, sondern mit allen seinen lebendigen Bedürfnissen in der gleichen Weise beschäftigt, wie ihre technischen und organisatorischen Faktoren. Die Nationalisierung muß heranstreben aus den engen Rahmen technischer, betriebswirtschaftlicher und sozialwirtschaftlicher Maßnahmen. Sie muß sich willig stellen, um alle Kräfte, unter voller Berücksichtigung des arbeitenden Menschen und seiner Bedürfnisse auf die Gesamtheit der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Einzelwesen und den Völkern erstrecken.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiterverband.

Anfang Juli 1928.

Die Verringerung der staatlich unterstützten Erwerbslosen machte im Juni nur sehr langsame Fortschritte, wie aus der nachfolgenden Übersicht ersichtlich ist.

	Zahl der unterstützten Erwerbslosen	Zahl der Hilfsunterstützten	Insgesamt
1. Januar 1928	1 188 214	211 172	1 399 386
1. Februar 1928	1 333 606	215 109	1 548 715
1. März 1928	1 297 600	215 605	1 513 205
1. April 1928	1 010 000	197 605	1 207 605
1. Mai 1928	729 370	162 605	891 975
1. Juni 1928	626 501	1 2 100	781 600
1. Juli 1928	610 687	113 535	724 222

Nach fast 4 Millionen Arbeitslose müssen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Die gegenwärtige Konjunkturlage läßt kaum die Hoffnung zu, daß sich in der nächsten Zeit die Aufnahmevermögen des Arbeitsmarktes wesentlich bessern wird. Im Gegenteil: die Deutung der statistischen Zahlen über Arbeitslosigkeit, Warenmangel usw. macht es wahrscheinlich, daß der Höhepunkt der Konjunktur überschritten ist. Die Arbeitslosenzahlen im Gesamverband zeigen auch eine geringe Abnahme. Daraus ist aber die Kurzarbeit nicht zu vernachlässigen, eine Erscheinung, die mit der allgemeinen Entwicklung übereinstimmt. Auch der Arbeitslosenstatistik der im DGBA vereinigten Verbände haben die Kurzarbeiter zahlen, insbesondere in den Konsumgüter-Industrien, stark zugenommen. So selbst der Schuharbeiterverband 22,1 v. H. Kurzarbeiter, der Textilarbeiterverband 22,1 v. H., der Lederarbeiterverband 21,8, der Metallarbeiterverband 19,9 v. H. Kurzarbeiter. Dabei, die gegenüber dem Vormonat eine erhebliche Steigerung bekamen.

Von der Arbeitslosen-Statistik anderer Verbände werden im letzten Monat 41 000 Mitglieder oder 9 v. H. der gesamten Mitgliedschaft erfaßt. Auch der Monat Juni hat eine erfreuliche Mitgliederzunahme gebracht, so daß die diesjährige Gesamtzahl der Mitglieder bezahlbar bereits über 45 000 beträgt. Von den

erfaßten Mitgliedern waren 24 718 oder 56 v. H. arbeitlos und 14 000 oder 21 v. H. arbeiteten verflücht. Die Bezahlbaren Zahlen für den Vormonat waren 5,7 und 1,9. Werden die Kurzarbeiter auf Vollerwerbsloste umgerechnet, dann beträgt der Prozentsatz der vollbeschäftigten Mitglieder 92,7 gegen 93,7 im Vormonat und 92,2 in dem gleichen Monat des Vorjahres. Danach steht der prozentuale Beschäftigungsgrad auf der gleichen Höhe des Vormonats. Neben dem konjunkturellen Aufschwung scheint auch die jahreszeitliche Besserung des Arbeitsmarktes zum Stillstand gekommen zu sein.

Wie sich die Arbeitsmarktlage in den einzelnen Industriezweigen unserer Organisation gestaltet, geht aus der nachfolgenden Übersicht hervor:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	Ende Mai 1928			Ende Juni 1928		
	männl.	weibl.	Insges.	männl.	weibl.	Insges.
Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	5,4	6,5	6,7	5,8	6,8	6,6
In der Industriezweiggruppe:						
Chemie	4,4	8,4	5,5	4,1	6,7	4,7
Papier	2,4	8,9	2,7	2,2	5,3	2,4
Nahrungs- u. Genussmittel	8,1	10,4	8,7	7,9	9,8	8,8
Spielwaren, Plumen usw.	10,2	10,3	10,2	11,2	10,4	10,9
Textile Industrien	10,9	8,3	10,2	10,5	8,6	9,9
Keramischer Bund insgesamt	5,6	4,3	5,3	5,8	5,3	5,7
a) Porzellan	4,7	4,0	4,6	7,1	5,9	6,0
b) Glas	9,3	5,7	8,8	8,9	6	8,5
c) Grobkeramik	2,9	3,7	3,8	3,6	5,9	3,6

Von je 100 Mitgliedern arbeiteten verflücht:

	Ende Mai 1928			Ende Juni 1928		
	männl.	weibl.	Insges.	männl.	weibl.	Insges.
Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	1,6	2,9	1,9	1,9	3,3	2,1
In der Industriezweiggruppe:						
Chemie	2,4	4,8	2,9	2,2	6,9	4,1
Papier	1,3	2,2	1,6	0,6	0,6	0,6
Nahrungs- u. Genussmittel	1,7	1,8	1,7	1,4	1,3	1,4
Spielwaren, Plumen usw.	4,8	7,1	6,5	4,6	6,0	5,2
Textile Industrien	0,9	1,4	1,0	1,2	1,5	1,3
Keramischer Bund insgesamt	1,8	1,9	1,4	1,8	2,2	1,9
a) Porzellan	2,0	2,0	2,6	3,8	2,7	3,2
b) Glas	2,2	4,1	2,6	2,8	4,0	2,9
c) Grobkeramik	0,2	—	0,2	0,6	0,2	0,6

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den einzelnen Industriezweigen unseres Verbandes ist sehr unterschiedlich. Die Besserung in der chemischen Industrie und in der Papierindustrie steht eine bemerkenswerte Verschlechterung in der Porzellanindustrie gegenüber. Auch in der Glasindustrie ist eine geringe Besserung eingetreten. In den Baustoff-Industrien ist die Besserung nicht so günstig, als nach Jahreszeit und Konjunkturlage zu erwarten ist. Die Spielware-Industrie meldet leichte Verschlechterung. Der Umfang der Kurzarbeit ist verringert in der chemischen Industrie und auch in allen keramischen Industriezweigen. Verringert hat sie sich in der Papierindustrie, die mit 2,4 v. H. Arbeitslose und 0,6 v. H. Kurzarbeiter den günstigsten Stand des Arbeitsmarktes innerhalb unseres Verbandes aufweist.

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit weist den günstigsten Stand Ostpreußen auf. Die Papier- und Cellulose-Industrie hat hier eine glänzende Konjunktur, und auch der Beschäftigungsgrad in der keramischen Industrie ist gut. Nicht allzuweit sind unsere Industriezweigen in Hannover, Braunschweig und Aachen in Westfalen beschäftigt, ungenügend im Wirtschaftsgebiet des Freistaates Hessen und Hessen-Nassau mit 12,7 v. H. Arbeitslosen und 9,8 v. H. Kurzarbeiter. Hier sind insbesondere Teile der chemischen Industrie einsehlich der Gummi-Industrie und auch die keramischen Industrie schlecht beschäftigt. Das gleiche gilt für die Gummi-Industrie des Wirtschaftsbezirks Mannheim. Im Thüringer Gebiet ist die Porzellanindustrie stark von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Strasbarkeit der Arbeitgeber wegen Hinterziehung von Krankenversicherungsbeiträgen.

Durch die Beitragsrückstände vieler Arbeitgeber sind die Krankenkassen jetzt häufiger gezwungen, Anträge bei den Strafgerichten wegen Beitragsrückzahlung zu stellen. Die Reichsversicherungsordnung enthält die Bestimmung, daß Arbeitgeber bei vorübergehender Beseitigung der Versicherungsbeiträge mit Geld- oder Arbeitsstrafe bestraft werden können. Arbeitgeber, die sich verpflichten, die Beiträge für die von ihnen beschäftigten Personen abzurufen, vertreten häufig die Ansicht, daß sie sich nicht haftbar machen, wenn sie die Beiträge an die Krankenkassen nicht abführen, weil sie den Verhörenten Beitragsrückstände nicht abgeben haben. Neben anderen Gerichten hat auch das Landgericht III in Berlin ein Urteil gefällt, das Arbeitgeber sich auch strafbar machen, wenn sie die Versicherungsbeiträge nicht einzahlen, zu deren Entrichtung sie sich dem Beschäftigten gegenüber allein verpflichtet haben. In dem Urteil hebt das Gericht folgendes besonders hervor: Nur der Arbeitgeber ist übernahmlich, die festgesetzten Leistungen seiner Beschäftigten für die Gehalt und darüber hinaus zu bewerkstelligen. In Betracht der tatsächlichen Einkommen der Beschäftigten kann der vereinbarte tatsächliche Lohn zusätzlich der sozialen Versicherungsbeiträge. Den Arbeitnehmer erweist an jedem Lohnzahlungstag die Aufsicht auf den Lohn, mit der Maßgabe, daß nur der Lohn in bar auszuschütten, der Rest nach Abgabe der vom Arbeitgeber zu bewerkstellenden sozialen Leistungen zu verrechnen ist. Der Arbeitgeber ist unter diesen Umständen verpflichtet, die Beiträge zunächst für die Krankenkassen abzuführen. Ist er das nicht, so macht er sich strafbar. Daraus kann auch der Eindruck nicht anders, daß der Arbeitgeber nicht die nötigen Mittel zur Verfügung hat, um die Versicherungsbeiträge pünktlich abzuführen zu können. Durch einen Eintrag des Reichlichen Justizministeriums hat die Staatsanwaltschaft daran hingewiesen worden, diesen Eintrag auf Verletzung von Arbeitsgesetzen, die die Beiträge nicht rechtzeitig an die Krankenkassen abzuführen, bestraft werden kann zu verwenden. Es kann nicht verantwortlich werden, daß einzelne Arbeitgeber sich ihrer Beitragspflicht entziehen und die Krankenkassen in vorerwähnter Weise durch andere Arbeitgeber ausgenutzt werden müssen, weil den Arbeitgebern erhebliche Mittel verlorengehen, und es nur durch Beitragsrückzahlung eine Deckung für die Ausgaben gefunden werden kann.

Was braucht der Mensch zum Leben?

Es ist bekanntlich eine sehr umstrittene Frage, wie hoch die Einkommensgrenze sein muß, um ein einigermaßen auskömmliches Leben führen zu können. Finstere Reaktionen und rückständige Unternehmern sehen die Grenze äußerst niedrig, weil sie der Meinung sind, daß es genüge, wenn sich der Mensch notwendig ernähren könne. Jede Ausgabe darüber hinaus, etwa für Kulturbedürfnisse usw., halten sie für einen Luxus. Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß eine so hochentwickelte Produktion wie die gegenwärtige, durchaus instand sein muß, die Menschheit auf einen hohen Lebensstandard zu halten. Schon öfters wurde der Versuch gemacht, eine brauchbare Messgröße für die Lebenshaltungskosten zu erhalten. Das statistische Reichsamt setzt bekanntlich nach einem Ausgabenplan die Lebenshaltungskosten allmonatlich fest. Daß diese Messgröße nicht vollständig den Anforderungen entspricht, wurde bereits des öfteren betont. Zum Beispiel werden die Ausgaben für Steuern und soziale Abgaben unberücksichtigt gelassen, obwohl sie einen hohen Satz des Einkommens der Arbeiterklasse verschlingen. Im „N. A.“ vom 18. Juni finden wir einen Artikel von dem Direktor des statistischen Amtes der Stadt Berlin, Dr. D. Büchner, mit obiger Überschrift. Nach den Berechnungen des statistischen Amtes liegt sich der Wochenbedarf einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie (8 Kinder im Alter von 12, 7 und 14 Jahren) aus folgenden Posten zusammen:

Ernährung insbesondere:		Gesamt-Lebenshaltung:	
	RM		RM
Fleisch und Wurst	18,85	Ernährung	104,—
Fett, Milch, Käse, Eier	31,18	Heizung u. Beleuchtung	10,—
Brot, Nahrungsmittel, Kartoffeln, Gemüse	43,81	Wohnung	43,40
Sonstige Lebensmittel	10,16	Bekleidung	20,49
	104,—	Sonstiger Bedarf, einschließlich Verkehr	22,60
			200,49

Auch in dieser Aufstellung sind die Ausgaben für Steuern, soziale Abgaben usw. nicht enthalten. Dem betreffenden Artikel wird folgende Bemerkung vorangestellt: „Die im folgenden festgesetzten Zahlen stellen eine mehr oder weniger theoretische Minimalgrenze dar, deren Einhaltung für eine fünfköpfige Familie wohl ohne Unterernährung und Verwahrlosung nicht möglich ist.“ Mit dieser Anmerkung werden von berufenen Stellen derartige Aufstellungen bereits in das rechte Licht gerückt. Es wird gesagt, daß die festgesetzte Zahlen nur eine theoretische, das heißt gefühlsmäßig festgesetzte Minimalgrenze des Einkommens bedeuten. Des ferneren ist aber die Feststellung wichtig, daß die geringere Einhaltung dieser Minimalgrenze ohne Unterernährung und Verwahrlosung der betreffenden Familien nicht möglich ist. Demgegenüber ist aber die Frage anzuhängen, wieviele Familien gibt es, die ein wünschenswertes Einkommen von 200 RM gar nicht besitzen? Wir glauben, daß die Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die diese Einkommensgrenze in ihrer Wohnstätte nicht erreichen, sehr hoch ist. Demnach bewegt sich der Lebensstandard großer Menschensgruppen unter der Minimalgrenze. Es ist gut, daß diese Feststellungen von Stellen getroffen werden, die durchaus als objektive Beobachter angesehen werden können. Die Vermehrung der Gewerkschaften, hier Wandel zu schaffen, liegen also durchaus im Rahmen des Möglichen und stellen eine unumgängliche Notwendigkeit für das Kulturleben und die Volksgesundheit dar. Oder wagt dies jemand zu bezweifeln?

Verwendung der Hauszinssteuer.

Die Erhebung und die Verwendung der Hauszinssteuer ist sehr umstritten. Besonders die Verwendung bietet Anlaß zur Kritik. Der eigentliche Zweck der Hauszinssteuer war: Die Ausgaben und Lasten, die die Hausbesitzer vor der Geldentwertung für Hypothekenzinsen infolge der Inflation nicht mehr zu tragen hatten, durch eine besondere Steuer der Allgemeinheit zu zuführen. Durch Verwendung dieser eingehenden Beiträge zur Bauartigkeit wollte man in erster Linie die fürchtbare Wohnungsnot lindern und auch durch Beschäftigung und zinslose Darlehensgewährung einen Ausgleich zwischen Alt- und Neumieten erreichen. Auf der anderen Seite sollte die Erhebung der Steuer aber auch ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber den Inflationsgeschädigten darstellen, die ihr ganzes Vermögen durch die Geldentwertung verloren, während auf der anderen Seite die Hauseigentümer überwiegend ihr Vermögen gerettet hatten.

Die Forderung der Arbeiterschaft ist, daß die eingehenden Beiträge der Steuer restlos ihrem eigentlichen Zweck, dem Wohnungsbaumarkt, zur Verfügung gestellt wird. Sie kann dazu dienen, weitgehend zur Beseitigung der Kapitalnot auf dem Bauplatz beizutragen und besonders die jetzt auftretende Krise zu beheben.

Wie die Verwendung in den einzelnen Bundesländern im Jahre 1927 erfolgt ist, zeigt folgende Aufstellung: (Die Aufstellung ist einer Zusammenstellung, die dem Reichstagen überreicht worden ist, entnommen.)

Erhebung und Verwendung in Prozent.	Friedensmiete: Davon werden zu Bauzwecken verwendet:	
Preußen	48	26%
Bayern	45	14
Sachsen	45	25
Württemberg	39%	19%
Baden	36	20
Thüringen	40	15
Hessen	47%	15,87
Hamburg	42	22
Sachsen-Anhalt	44	24
Sachsen	24	20
Brandenburg	39	15,6
Preußen	42	22
Bremen	20	20
Schleswig-Holstein	35	15
Mecklenburg-Vorpommern	37,5	19
Mecklenburg-Strelitz	43	21,3
Waldeck	40	20
Sachsen	40	17

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß nur die Freistadt Bremen die Hauszinssteuer restlos zu Bauzwecken verwendet. Alle anderen Länder verwenden den größeren Teil zu allgemeinen Verwaltungszwecken. Von den größeren Ländern verwendet Preußen anteilmäßig im Vergleich zu den anderen Ländern den größten Betrag für Bauzwecke, während Bayern den größten Betrag zu allgemeinen Verwaltungszwecken verwendet. Aus der Verwendung der Mittel kann man auch Schlüsse ziehen auf den Einfluss der Arbeiterschaft in den einzelnen Bundesländern. Nicht nach Neuwahl der Parlamente, wo überall ein Akt nach links eingetreten ist, hoffen wir, daß bald eine andere Verteilung der Hauszinssteuer Platz greift.

Wieder Betriebsstillegungen in der Bleikristallglasindustrie.

Kaum sind unsere Kollegen, die seit langer Zeit auf der Straße lauern, wieder zum Teil in den Betrieben, so scheint eine neue Stillegungsperiode sich abzuzeichnen. Die Firma Kuhn & Co. in Waldstein ist stillgelegt, die Firma Gebr. Kuhn in Friedrichsgrund und Kuhn & Böhme in Müders haben dieselbe angefangen. Der Akt aber, mit welcher die Aufstellungen erfolgen, läßt die Arbeitererschaft Zweifel daran hegen, daß es sich um Auftrags- oder Gebietsmangel handelt, sondern um die Ansicht, daß hier offensichtlich andere Gründe vorliegen. Ganz besonders tritt dies bei der Firma Gebrüder Kuhn in Waldstein zu. Dort wurde ganz plötzlich von der Firma verjährt, einen Kuhnabzug bei verschiedenen Artikeln herbeizuführen, obwohl durch Tarif und Lohnabkommen derartige Maßnahmen ausgeschlossen sind. Warum genau die betreffenden Kollegen entgegen dem Vertrag zu einigen Änderungen bereit, nicht aber in dem von der Firma gewünschten Ausmaß. Fraglos wird ohne jede vorherige Anmeldung beim Reichsarbeitsminister ganz einfach das Arbeitsverhältnis aufgelöst und ein dementsprechender Ausnahmestellen angehängt.

Bekanntmachung

Hiermit kündigen wir den gesamten Schleiern in Friedrichsgrund die Arbeit zum 18. Juli 1928 und legen die beiden Schleiern still. Das Werkzeug muß aus den Schleiern entfernt werden. Eine Haftung für Bruch und Diebstahl übernehmen wir ab, falls der Räumung nicht sofort Folge geleistet werden. Da auch betriebliche Umstellungen erfolgen, ist mit einer Weiterbeschäftigung aller früher Beschäftigten nach Wiederbetriebsnahme nicht zu rechnen. Ungefängene Arbeit ist fertig zu machen und abzuliefern. gez.: Gebrüder Kuhn.

Also Betriebsstillegung soll der Grund zu der Maßnahme sein. Nicht merkwürdig, wenn man demgegenüber die Aufstellungen der Betriebsleitung zu einzelnen Arbeitern betrachtet. Dort wurde gesagt, daß es weiter gehen soll, aber man will die Leute aussuchen, welche man brauchen kann! Also hier liegt das Fudeln fern. Die Firma will die Steuer aus dem Betriebslohn haben, und soll diese Gelegenheit ausgenutzt werden. Und was sind nun diese Steuer? Eigentümlichweise — oder sollte dies doch nur ein Zufall sein — handelt es sich um die Funktionen des Perennischen Bundes, welche fliegen sollen. Organisatorische oder politische Betätigung ist nun einmal bei den Herren in Friedrichsgrund ein schweres Verbrechen, was geübt werden muß. Was braucht man nach rationaler Arbeit zu fragen? Wenn man allen Forderungen nicht nur mit dem Kopfe nicht, sondern auch mit dem Herzen nicht zustimmt, ist ein Fehler, der schnellstens aus dem Betriebe muß. Selbst das religiöse Gewissen scheint durch die Entlassung von Familienmitgliedern nicht belastet zu werden — oder sollte es sogar ein gottwohlgefälliger Dienst sein?

Wieder herrscht in diesem Betriebe ein erträgliches Verhältnis: es war möglich, auftretende Differenzen auf dem Wege der Verhandlungen zu lösen. Neue und strengere Herren scheinen das Steuer in die Hand nehmen zu wollen. Damit ziehen auch die Methoden eines schneidigen Arbeitachters ein, was sicher zu einem besseren Zusammenarbeiten wie auch einer besseren wirtschaftlichen Gestaltung des Betriebes führen wird. Aus scheint, daß es notwendiger wäre, der wirtschaftlichen Gestaltung des Betriebes die notwendige Aufmerksamkeit zuzuwenden, als der Entlassung von Arbeitnehmern, die ihren Verpflichtungen jederzeit nachgekommen sind.

Die Belegschaft des Wertes wird aus diesen Vorgängen lernen müssen, vor allem wird Einigkeit notwendig sein, um die Maßnahmen der Firma abzuwehren zu können. Schließlich die Reihen, dann wird auch der neue Kurs der Firma nicht zum Schaden für die Kollegen führen.

Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tafelglasarbeits.

Der Reichsarbeitsminister.
In h 1152.99 Tar.
Berlin, den 14. Juli 1928

Entscheidung

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung in der Fassung vom 1. März 1928 (Reichs-Gesetzblatt S. 47) für allgemein verbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der deutschen Tafelglashütten, G. V.;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Perennischer Bund, Charlottenburg, Berufsverband der deutschen Glasarbeiter.
2. In Kraft getreten am 1. April 1928, Reichsrahmentarifvertrag.
3. Verfüllter Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Glasarbeiter in der Tafelglashütte, mit Ausnahme der maschinellen Glashütten.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 1, Biffer 2, Satz 2 und § 10 des Tarifvertrages.
6. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 15. Juni 1928.

Die allgemeine Verbindlichkeit des Reichsrahmentarifvertrages vom 21. März 1927 und 9. Juni 1927 tritt mit seinem Ablauf außer Kraft.

Erlassen am 18. Juli 1928 auf
M. 8067 lfd. Nr. 5 b. Tarifregister.

Deiß.

Nicht einseitige Zustände haben in der Glasindustrie seit Einzug der neuen Betriebsleitung Platz gegriffen, so daß es notwendig ist, dieselben in der Öffentlichkeit zu besprechen.

Die Betriebsleitung, welche aus dem Glaser Gebiet kommt, will nun auch in der Lausitz die Glaser Verhältnisse einführen. Besonders liegen dem Herrn Direktor S. m. r. s. und dem Herrn Betriebsleiter F. g. b. u. s. die erzielten Löhne am Herzen und sie glauben, ihre Beschäftigung als Betriebsleitung dadurch bewiesen zu müssen, daß sie die bestehenden Löhne abzubauen gedenken. Die Arbeiterschaft hat bereits einen Lohnabzug über sich ergehen lassen. Trotzdem wurde wiederholt die Betriebsvertretung angegangen, um noch weitere Lohnabschlägerungen durchzuführen. Da sich die Betriebsvertretung diesem Ansinnen widersetzt, glaubt der Herr Direktor S. m. r. s. im Rasentouren vorzugehen zu können. Die Herren S. m. r. s. und F. g. b. u. s. lassen sich die Arbeiterschaft sehr hinter der Betriebsvertretung stellen. Da nun die Betriebsleitung einsehen muß, daß sie bei derartigen Belegbüchern ihr Ziel nicht erreichen kann, verjährt sie immer mehr Glasmacher einzustellen und die mißlichen Arbeiter zu entlassen.

Es ist daher notwendig, daß sich alle Kollegen, welche geizig in Reich Arbeit anzunehmen, sich erst mit der Organisation in Verbindung setzen. Der letztere Hinweis muß von den gesamten Kollegen unbedingt beachtet werden, damit in den Betrieb geordnete Verhältnisse Platz greifen.

Fort mit dem Zwischenmeister System!

Seit Jahren führen wir einen Kampf gegen die Bekämpfung des als Ausbeuter-system bekannten Zwischenmeisterwesen in der Glasindustrie. Denn dieser Kampf bisher nicht die Ergebnisse gezeitigt hat, die notwendig gewesen wären, so ist daran Schuld der mangelnde gute Willen auf Seiten der noch in diesem System arbeitenden, sogenannten Meister, aber auch Schuld der in der Industrie beschäftigten Gehilfen.

Zu welchen Umständen ein solches System führen muß, sehen wir recht klar in der Kristallglasindustrie. Die Reichsregierung versucht sich gegenwärtig Anstrengungen zu machen, daß sie die Arbeitsverhältnisse dadurch zu verbessern. Die sogenannten Meister versuchen auf der anderen Seite zu einem guten Verdienst zu kommen, indem sie Lehrlingszucht in weitem Ausmaß treiben, und damit der Industrie immer neue Arbeitskräfte zuführen, die dann bei schlechter Konjunktur auf die Arbeitsverhältnisse drücken. Wenn die Verhältnisse noch nicht schlechter geworden sind, als es bis dato schon der Fall ist, so ist dies lediglich den Bemühungen der Organisation zu verdanken. Den besten Beweis dafür bieten die Vorgänge im Glaser Gebirge, wo die Konjunktur seit langem schlecht ist. Ginge es nach den Wünschen der Unternehmer, wäre ein großer Preisabzug bei den Arbeitsverhältnissen längst eingetreten.

Trotz der allgemein gedrückten Konjunktur in dieser Industrie werden immer neue Betriebe, vor allem Schleiern, eröffnet. Diese Neueröffnungen sind zum guten Teile nur dadurch möglich, daß die Glasermeister dem neuen Unternehmen dadurch unter die Arme greifen, daß sie mit eigenem Werkzeug in die Betriebe gehen. Dadurch ist es den Unternehmern möglich, mit geringen Mitteln ihren Betrieb zu eröffnen. Für Absatz wird dann durch Unterbietung der Preise gesorgt. Diese Preisunterbietungen werden dann weiter geführt, dadurch, daß man die Produktionskosten möglichst niedrig legt, und es dann den Zwischenmeistern überläßt, durch Einstellung von Lehrlingen und weichen Arbeitsverhältnissen zu ihrem Verdienst zu kommen.

Es wird durch die eigene Schuld der Arbeiterschaft die Industrie auf dem Grunde gebracht und immer länger werden von Arbeitslosigkeit müssen die in der Industrie Beschäftigten auf sich nehmen.

Es ist Zeit, die Kollegen wieder einmal auf die Augen zu öffnen, die in der Vorlesung in der Kristallglasindustrie, vor allem in den Schleiern Gebirgen, geübt werden. Denn es ist eine Zeit, als die Industrie noch keine rechtlichen Arbeitsverhältnisse hat, als sie noch nicht so schlecht ist wie heute, als sie noch so dem reinen Anstandes... der... werden konnte, was ein unangehörtes Glück zu beschreiben. Schließlich sind die Verhältnisse, es ist notwendig, die Verhältnisse zu verbessern. Die Arbeiterschaft hat bereits einen Lohnabzug über sich ergehen lassen. Trotzdem wurde wiederholt die Betriebsvertretung angegangen, um noch weitere Lohnabschlägerungen durchzuführen. Da sich die Betriebsvertretung diesem Ansinnen widersetzt, glaubt der Herr Direktor S. m. r. s. im Rasentouren vorzugehen zu können. Die Herren S. m. r. s. und F. g. b. u. s. lassen sich die Arbeiterschaft sehr hinter der Betriebsvertretung stellen. Da nun die Betriebsleitung einsehen muß, daß sie bei derartigen Belegbüchern ihr Ziel nicht erreichen kann, verjährt sie immer mehr Glasmacher einzustellen und die mißlichen Arbeiter zu entlassen.

Es ist daher notwendig, daß sich alle Kollegen, welche geizig in Reich Arbeit anzunehmen, sich erst mit der Organisation in Verbindung setzen. Der letztere Hinweis muß von den gesamten Kollegen unbedingt beachtet werden, damit in den Betrieb geordnete Verhältnisse Platz greifen.

aber auch, daß nur in diesem schandwürdigen System sie der Arbeiterschaft die Beschaffung des Werkzeuges anferlegen können.

Die tüchtigen Zwischenmeister bieten den Unternehmern die Hand und untergraben damit die eigene Existenz immer mehr. Aber sie untergraben nicht nur ihre eigene Existenz, sondern auch die der Gehilfen. Nach und nach sinkt, scheint das Wort der Zwischenmeister zu sein. Für die jungen Gehilfen aber, die ihren Lebensunterhalt aus dieser Industrie auch für die Zukunft ziehen wollen, ist es hohe Zeit, daß sie sich diesem Beginn entgegenstellen.

Was hier im allgemeinen von der Kristallglasindustrie gesagt worden ist, trifft auch in starkem Maße, wenn nicht mehr noch als für die Glasindustrie, für die Bleikristallglasindustrie zu. Eine ungeheure Preissteigerung hat auf diesem Gebiete eingeleitet. Diese Preissteigerung ist nur auf Kosten der Arbeiterschaft möglich. Nach Anstand eines hayerischen Industriellen sollen die großen Warenhäuser durch Einkaufsorganisation die Preise einfach diktieren. Wer nicht zu den vorgezeichneten Preisen liefern kann, soll zu Grunde gehen. Der einzelne Unternehmer wird sich wehren, er wird versuchen durch billige Arbeitskräfte sich über Wasser zu halten. In jenen Fabriken, wo die Arbeiterschaft best nach einem einigermaßen auskömmlichen Verdienst findet, und das sind die Fabriken, wo ohne Zwischenmeister gearbeitet wird, wird es bald an Aufträgen fehlen. Die Folge wird auch dort Lohnbruch sein und auf die Dauer werden die Kollegen sich allein nicht wehren können.

Das Zwischenmeister System hat in seinem Gefolge Lohnbruch und Preissteigerung. Es gibt die Möglichkeit zu immer größerer Arbeitsteilung und zur Einstellung von weiblichen Arbeitskräften. Durch immer härtere Einstellung von Lehrlingen und deren Ausbeutung ohne genügende Ausbildung graben sich die in der Industrie beschäftigten Kollegen ihr eigenes Grab. Das die Erstellung des Werkzeuges durch die Arbeiterschaft wird die Errichtung von neuen kleineren Betrieben immer mehr erschwert. Weitere Preissteigerung, weiterer Lohnbruch wird die Folge sein. Die Arbeitsbedingungen werden in den einzelnen Betrieben Deutschlands verschlechtert werden, und damit werden immer mehr neue Leiden auf die Schuttern der Arbeiterschaft gelegt.

Wir erheben noch einmal unsere warnende Stimme. Was den die Zwischenmeister diese Warnung beachten, und wenn sie es nicht tun wollen, dann müssen die Gehilfen sich wehren. Sie können und dürfen nicht zusehen, wie ihre Zukunft untergraben wird. Es ist unmöglich, einseitige Verhältnisse im Werke zu lassen, solange nicht allgemein das Zwischenmeister System in der Glas- und Kristallglasindustrie beseitigt und die Verhältnisse durch die Arbeiterschaft verbessert ist.

Nach ist es nicht zu spät, aber es ist hohe Zeit, daß die Arbeiterschaft der genannten Gruppen sich auf sich selbst bekennt. Alle einsichtigen Arbeiter müssen sich zu einer arbeitslosen Bewegung zur Abschaffung des Zwischenmeister Systems vereinigen. Die kommenden Tarifverhandlungen müssen einen geschlossenen Willen zur Abschaffung des schandwürdigen aller Ausbeuter Systems anstreben. Die Organisation wird helfen mit all ihrer Kraft, wenn die Arbeiterschaft sich einigt ist. Die Leitung des Perennischen Bundes und der Hauptverband unserer Gesamtorganisation wollen den Kampf um die Beseitigung des Zwischenmeisterwesens führen. Dazu ist aber auch notwendig, daß die in der Industrie beschäftigte Arbeiterschaft zur Selbstbesinnung kommt und den Willen aufbringt, ein System zu beseitigen, das lähmend sich der Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft in den Weg stellt.

Auf dem Schleifwerk Gebr. Ring in Obereibuch bekommen die Arbeiter nicht regelmäßig alle vierzehn Tage ihr Geld. Die Besitzer dagegen haben welches. Anscheinend ist es ihnen gleich, was die Arbeiter ohne Geld machen. Außerdem zieht Franz Ring den Schleifern Bruch vom Arbeitslohn ab, das ist tarifwidrig. Ring wird gewarnt, weitere Abzüge zu machen. Karl Ring hat seine Tätigkeit in der Schleiferei aufgegeben; er beantragt aber pro Woche einen Gehaltsschleifenselüßer für sich. So etwas haben Werkbesitzer noch nie verlangt. Die Differenzen mit den gekündigten organisierten Polierern sind noch nicht beigelegt, weil auf dem Arbeitsgericht keiner der drei Brüder Ring Besitzer sein will. — Der Gipsarbeiter hat sich nun auch organisiert und ist deshalb nicht mehr der Freund Rings. Das Geld für den Verband reut ihn nicht. Von seinen 24 RM Wochenlohn muß er 18 RM in der Woche für Kost bezahlen. Das sind fast zwei Drittel seines Einkommens. — Dieser Tage ist in Obereibuch der unorganisierte Polierer Pietti, der 24 Stunden am Tag arbeitet, wieder eingetroffen.

Am Schiffs- und Kofferwerk Dreyling bei Koffermeister Giesl sind Differenzen ausgebrochen. Arbeitssuchende wollen dies beachten und sich zuerst beim Vertrauensmann Georg Felgerl, Glasbleifer, in Steinerbräu, Reich Elisabethenstr. 1. d. Oberpl. — der auch zugleich den Arbeitsnachweis

verwaltet, erkundigen. Arbeitssuchende, die unseren Arbeitsnachweis umgehen, haben sich die Folgen selbst anzuschreiben.

Doigtsdorf.

Kristallglasbleifer, Achtung! Die Differenzen bei der Aktiengesellschaft für Kristallglasindustrie (Aktista) in Doigtsdorf i. Nbg. sind nicht erledigt. Die Firma will sich über die Bestimmungen des Tarifvertrages hinwegsetzen, ebenso einen Lohnabbau unter allen Umständen durchführen. Ebenso will sie aus den vorgenannten Gründen unsere bisher dort beschäftigt gewesenen Kollegen nicht wieder einstellen. In allen Fällen bitten wir die Kollegen, sich an die Gewerkschaft des Keramischen Bundes in Hirschberg i. Nbg., Wilhelmstr. 69a, zu wenden.

Prag-Musle.

Bei der Firma Kopista & Dubsky in Prag-Musle streifen die Spiegelglasbleiferkollegen, weil die Firma das bisherige gut bewährte Einrichtensystem abschaffen und das Mehrschichtenystem einführen will, wodurch eine Anzahl Arbeitssuchende frei würden, aber auch zu dem Zweck, um einigen Arbeitern Ländchen zu können. Da die Firma in Deutschland Arbeitssuchende sucht, werden unsere Kollegen gebeten, jeglichen Bezug nach Prag-Musle zu unterbinden. Also keine Arbeit dort annehmen!

Außerdem 4 Direktoren, 2 Betriebsleiter und 3 Expedienten. Das ist auf 13 Personen ein Angestellter. Unter den Direktoren sind einige Doktoren. Bei der Firma Uffrecht in Neuhaldensleben, die der Firma Carstens ebenfalls gehört, sind beschäftigt: Arbeiter 93, Arbeiterinnen 55, zusammen 148.

Kontorpersonal: männl. 6, weibl. 2, Lehrlinge 2, zusammen 8. Dazu kommen ein Direktor, ein Sozialdirektor, ein Betriebsleiter, zwei Expedienten, ein Obermaler, ein Oberbrecher, ein Oberbrenner und acht sonstige Angestellte. Das ergibt: Beschäftigte 148. Angestellte und Beamte 49. Das ergibt auf 3 Arbeiter einen Beamten. Ist das rationell? Dabei sind die Herren Direktoren und Betriebsleiter sehr anspruchsvoll. Herr Julius, der in Rathenow den Betrieb für die Querschiffe mit 30 Personen befehligt, hat eine 6 Zimmerwohnung verlangt. In Wlantenha in hat Carstens die Porzellanfabrik mit ca. 350 Personen beschäftigt. Dafür wird im Schmelzwerk in Sorau mit Hochdruck gearbeitet. So sehen in Wirklichkeit die Stillelegungen der Firma Carstens aus.

Aber heute schon können wir Herrn Carstens versichern, wenn seine Berater, alle die Direktoren und Doktoren, weiter nichts wissen, als auf Kosten der Arbeiter die Werke so zu "modernisieren", dann ist es schlecht um ihre Kenntnisse bestellt. Da hätte es nur, Herr Carstens rationalisiert einmal unter seinen Direktoren und Betriebsleitern. Vielleicht wirkt dieses für die Werte erräglich.

Die Organisation der Arbeiter wird diesem Treiben nicht untätig zusehen. Es sind Kampfmaßnahmen, mit denen Herr Carstens die Beschlachten überzieht. Wie denn, Herr Carstens, wenn wir den hingeworfenen Scheitern abfangen?

Die Arbeiterkassen in Neuhaldensleben sowohl als in Rathenow und in Wlantenha wird auf dem Festen sein. Die Herren G. und E. Carstens diese Methoden verlassen. Sie wollen die Arbeiterkassen und die Organisation bereinigen, die zusehenden tariflichen Rechte zu schützen. Dabei wird sich erweisen, wie weit wieder einmal Spandiers des Arbeitgeberverbandes Rathenow erreicht haben und das Vorgehen der Firma zu bedenken verdienen.

Der Fachmann sollte auch beraten.

Porzellan sollte in öffentlichen Lokalen schon durch sein Aussehen für sich werben. Leider ist das wohl nicht immer so. Beim Aufenthalt in Hamburg während des Verbandstages konnte man auch in der „Heimstätte“ die Wahrnehmung machen, daß das dort verwendete Porzellan aus Porzellan nicht zur Porzellanbezeichnung zu werden verdrängt, wie es sein müßte. In der Form will ich nichts ansetzen, aber die Dekoration des Porzellan sollte ein wenig aufsteigen aus solchem Gefährlichem verleben konnte. Dieses ist in der Hauptsache wohl seit der Einführung im November 1926 im Gebrauch und sieht schon recht mangelhaft aus. Als Dekor hat es das Signum der Heimstätte und ein 6-7 Millimeter breites Band in Rot an der Seite und daneben einen Glanzgoldrand. Von diesem sieht man nur noch Bruchstücke und vom roten Band nur noch Teile. Das Signum dagegen ist noch gut erhalten. Ein widerliches Aussehen ist das für jeden Gast.

Ein Glanzgoldrand kann ja gar nicht länger halten. Aber daß er an dieses Muster kam, ist schon eine unverständliche Dekorationsverwirrung; denn Gold paßt nicht zu diesem Rot und war auch gar nicht notwendig. Das rote Band wäre Wirkung genug gewesen, wenn ein mehr haltbares Rot genommen worden wäre.

Warum wurde der Käufer, wenn er auch diesen Goldrand neben dem roten Band als Abhebung selbst haben wollte, nicht auf das Unzulängliche und Zwecklose bei so oft gebrauchtem Porzellan hingewiesen? Und das Rot ist keine Farbe, sondern ein praktischer Farber für Hotelkellner. Ein Fachmann müßte das seinen Kunden erklären können und auf das Nachteilige einer solchen Dekoration und eines solchen Rot hinweisen.

Man muß sich die Wirkung vorstellen, die derartige Geschirr nach so kurzem Gebrauch auf Hotelgäste macht. „Die Heimstätte“ mit 240 Betten ist idealisiert. Zum genannten Zeitpunkt trübten allein über 80 aufbereitete ausländische Gäste an einer mit diesem Geschirr bedeckten Frühstückstisch. Es die vom deutschen Porzellan so entzückt waren, ist sehr fraglich. Dem Gastgeber macht sicher kein Reisender wegen dieses Geschirrs einen Vorwurf; er gab innerlich sicher der Fabrik die Schuld für die so schnell unansehnlich gewordenen Tassen und Kannen und hatte recht damit.

Das Geschirr trug den Stempel Emma (G. & A. Müller Schönowald). Ob aber die Firma oder eine Hamburger Porzellanmanufaktur für die Dekoration verantwortlich ist, konnte nicht festgestellt werden.

Das Reizmittel zeigt, daß die deutschen Porzellanfabriken und Malereien bei Lieferungen für öffentliche Lokale größte Sorgfalt anwenden müssen. In solche Lokale sind Waren zu verkaufen, die anwendend und verarbeitend für deutsches Porzellan in jeder Beziehung wirken. Die Kunden sollen deshalb von den Herstellern beraten werden, was sich am besten eignet und für eine lange Dauer ansehnlich hält; denn öffentliche Lokale sehen nicht nur einmal auf, sondern werden dauernd benutzt, wenn sie beim erstenmal auf bedient wurden. Also die Fleckens dieser Art nicht vernachlässigen.

Rheinsberg.

Infolge eines schweren Augenleidens und Althma verstarb am 15. Juli unser treuer Kollege und langjähriger Rahtsmitglied Herrmann Giescke im Alter von 61 Jahren. Der Verstorbene hat im Interesse unseres Verbandes und der Rheinsberger Kollegen mit seltener Willkür und Gewissenhaftigkeit 40 Jahre in der Gewerkschaftsbewegung in den norddeutschen Kreisen gestanden. Frau und vier Kinder haben wir an seiner Seite. Ein treuer Freund und Berater ist von uns ertragen. Das Andenken unseres braven Verstorbenen kann am besten dadurch geehrt werden, wenn in keinem Sinne am Aufstieg der arbeitenden Klasse weitergearbeitet wird, den er bis zum letzten Atemzug fördern half. Ehre seinem Andenken!

Preisvereinbarungen.

Die tschechoslowakischen Porzellanfabriken verhandeln bekanntlich miteinander über ein neues Preisartefakt. Man wird bekannt, daß von den deutschen Porzellanfabriken auch der Versuch unternommen wurde, mit den tschechoslowakischen Porzellanunternehmern ebenfalls zu Preisvereinbarungen zu kommen. Vor einigen Tagen bestand schon ein deutsch-tschechoslowakischer Preisvertrag, der jedoch infolge Krisisumwicklungen in die Brüche ging. Ob eine neue Vereinbarung zustande kommt, läßt sich noch nicht sagen. Die bestehenden Schwierigkeiten lassen sich nicht so leicht überbrücken. Ein Ergebnis wird sicher erst zu erzielen sein, wenn das tschechoslowakische Preisartefakt sich eine Zeitlang bewährt hat.

Die Porzellanarbeiterkassen beider Länder muß diesen Gelegenheiten ihr Augenmerk zuwenden.

Tschechoslowakei.

In der tschechoslowakischen Porzellanfabrikindustrie machen sich Kämpfungen bemerkbar, die schon früher bekannte Preiskonvention wieder auflösen zu lassen. Daran sei hervor, daß die tschechoslowakischen Porzellanfabriken wieder ein Preisartefakt bilden wollen. Ob es ihnen gelingt, muß abgewartet werden. Nach unserem Dafürhalten können es nicht schaden, wenn die tschechoslowakischen Porzellanfabriken wieder dahin kämen, ihre Preise gemeinsam festzusetzen, um dadurch die Schwankungen auszugleichen.

Stillelegung der Firma C. & E. Carstens.

Durch die Presse ging vor einigen Tagen folgende Nachricht:

(Notiz in der „Völkischen Zeitung“ vom 17. Juli 1928.)

Stillelegung in der Neuhaldenslebener keramischen Industrie.

Wie uns aus Halle geschrieben wird, steht jetzt die keramische Industrie vor einer schweren Krise, von der das Wirtschaftsleben der Stadt Neuhaldensleben stark betroffen wird. Nachdem im vorigen Jahre bereits die Zweigfabrik Hubbe zum Erliegen kam, hat die bedeutende Steingutfabrik C. und E. Carstens nunmehr ihre sämtlichen Abteilungen des Stammwerks infolge der Absatzschwierigkeiten stillgelegt. Die Arbeiter sind entlassen, die Angestellten haben die Kündigung erhalten und der Arbeitsmarkt wird mit über 500 Erwerbslosen neu belastet. Die keramische Industrie in Neuhaldensleben rechnet damit, daß die Krise von längerer Dauer sein wird.

Wenn man dieses liest, überläßt einem eine Gänsehaut über die „trostlose“ Lage der keramischen Industrie.

Im Monat Mai dieses Jahres waren von der gesamten Industrie 4,4 Proz. der Beschäftigten arbeitslos und 2,6 Proz. waren Kurzarbeiter. Im Juni 1928 waren arbeitslos 3,2 Prozent Kurzarbeiter. So trostlos, wie es nun gewisse Anzeiger in der Zeitung darstellen, scheint es demnach nicht zu sein.

Nun aber zu C. und E. Carstens. Seit langem übt sich legend ein bei Carstens tätiges Genie in Stillelegungspraktiken. Viel für die Firma Carstens ist allerdings dabei noch nicht herausgekommen. Meistens erweisen die mit großem Lärm und irregeführten Veröffentlichungen in den Zeitungen eingeleiteten Stillelegungsaktionen mit einer Wange. Ob die Stillelegung des Arbeitgeberverbandes in jedem Falle mit den Aktionen einverstanden ist, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis.

Vor 14 Tagen erst trafen wir uns mit der Firma Carstens hier in Berlin vor dem Landesarbeitsgericht. Der Firma wurde in der Berufungsinstanz, beim Landesarbeitsgericht in Berlin, genau so wie in der Vorinstanz vom Arbeitsgericht in Rathenow gesagt, daß eine Stillelegung des Betriebes der Firma Carstens in Rathenow im Sinne des § 84 R. G. nicht vorliegt. Das vom Landesarbeitsgericht gefällte Urteil lautet:

Tatbestand.

Der alleinige Inhaber der Beklagten, der Kaufmann Carstens in Altona, betreibt im Deutschen Reich eine größere Anzahl Fabriken, die sämtlich der Produktion von Keramiken und verwandten Artikeln dienen. Für die einzelnen Fabriken sind in der Regel besondere Firmen eingetragen. Ein zweites Werk des Inhabers, der Beklagten, für welches gleichfalls eine selbständige Firma eingetragen ist, befindet sich in Rheinsberg in der Mark.

Die Beklagte hatte unter dem 31. März 1928 die Genehmigung zur Stillelegung ihres Betriebes, d. h. der Fabrik in Rathenow, beantragt. Der Regierungspräsident in Potsdam hatte mit Schreiben vom 13. April 1928 mitgeteilt, daß er von dem Antrag Kenntnis genommen habe und daß die Sperrfrist für Entlassung mit dem 30. April 1928 ende.

Die Kläger waren als Arbeiter in dem Rathenower Betrieb tätig, und zwar der Kläger zu 1. als Brenner und die Klägerin zu 2. als Glasverzierin; beide waren Mitglieder des Betriebsrats. Sie wurden am 2. Mai 1928 nach Ablauf der Sperrfrist entlassen. Eine Genehmigung des Betriebsrats zur Entlassung liegt nicht vor.

Die Klägerin zu 2. hat nach wenigen Tagen anderweit Arbeit gefunden.

Die Kläger haben vor dem Arbeitsgericht in Rathenow vorgetragen, der Betrieb der Beklagten in Rathenow sei nicht stillgelegt worden, der Betrieb sei vielmehr nur umgestellt worden. Bereits zwei Tage nach der behaupteten Stillelegung sei er weitergeführt worden, teilweise allerdings mit Angestellten und Arbeitern, die aus Rheinsberg gekommen seien. Hiernach sei ihre Kündigung unwirksam. Die Beklagte müsse daher den Lohn über den Entlassungstag hinaus weiterzahlen. Der Kläger zu 1. begehrt auch Bestätigung, daß das Arbeitsverhältnis fortzudauern.

Die Beklagte hat dem gegenüber vorgetragen, daß der Betrieb in Rathenow gänzlich stillgelegt worden sei. Es sei zwar richtig, daß die Produktion in den alten Räumen bereits nach wenigen Tagen wieder aufgenommen worden sei, es handle sich hierbei aber nicht um eine Fortführung des ursprünglichen Rathenower Betriebes, sondern um Teile des Rheinsberger Betriebes, die nach ihren Rathenower Räumen verlegt worden seien. Der ursprüngliche Rathenower Betrieb, der wegen Unrentabilität habe geschlossen werden müssen, und der Rheinsberger Betrieb, seien wohl in finanzieller Beziehung, wie im Kundentriebe, wie auch in der Art der hergestellten Keramiken — in Rheinsberg seien mehr künstlerische Keramiken hergestellt worden — gänzlich verschieden und selbständig betrieblich. Es sei auch nur ein Teil der Rathenower Arbeiter wieder eingestellt worden und diese auch nur allmählich.

Die Angemessenheit der Klageforderung hat die Beklagte nicht bestritten.

Das Arbeitsgericht in Rathenow hat durch das durch den Tenor näher ersichtliche Urteil, auf dessen vorgetragene Sachverhalte in den Klagen verwiesen wird, die Beklagte nach dem Antrag der Kläger verurteilt.

Die Beklagte hat an beide Kläger nach dem Urteil erster Instanz zur Abwendung der Zwangsvollstreckung die von beiden verlangten Lohnforderungen gezahlt, den Kläger zu 1. auch wieder beschäftigt, ihren grundsätzlichen Standpunkt hierbei aber vorbehalten.

Sie hat weiter gegen das vorbenannte Urteil fest- und formgerecht Berufung eingelegt mit folgendem Antrag: 1. das angeführte Urteil aufzuheben und die Klage abzuweisen, 2. die Klägerin und Berufsbeklagte zu 2. Erna Seper zu ver-

urteilen, an die Beklagte und Berufsbeklagte 21,84 RM zu zahlen.

Mit dem Antrag zu 2. begehrt die Beklagte die Rückzahlung der an die Klägerin zu 2. gezahlten Beträge.

Die Kläger haben um Zurückweisung der Berufung gebeten. Die Parteien haben die Sachverhalte der ersten Instanz wiederholt. Für die Einzelheiten wird auf den vorgetragenen Inhalt der Akten Bezug genommen, insbesondere auf den Schriftsatz der Beklagten vom 3. Juli 1928.

Entscheidungsgründe.

Der Berufung mußte der Erfolg versagt bleiben. Dem ersten Richter war darin beizutreten, daß eine Stillelegung des Betriebes der Beklagten in Rathenow im Sinne der §§ 84 ff. B. G. nicht vorliegt. Die Beklagte hat die Verfolgung des Betriebeswesens des Rathenower Betriebes nicht auf unbestimmte Zeit aufgegeben. Sie hat einmal, wie sie nicht bestritt, die alsbaldige Wiederübernahme des Rathenower Betriebes von vornherein in Aussicht genommen. Sie hat diese Wiederübernahme aber auch zur Fortsetzung des gleichen Betriebeswesens in Aussicht genommen. Die Behauptung der Beklagten, der Abzug der bisher in Rathenow hergestellten Keramiken sei ein gänzlich unzureichendes gewesen, es hätten nunmehr in Rathenow die bisher in Rheinsberg hergestellten mehr künstlerischen Keramiken, für die ein leistungsfähiger Markt vorhanden gewesen sei, hergestellt werden sollen, könne unterstellt werden. Diese Umstellung einer Fabrikation innerhalb einer Branche ist aber noch keine Veränderung des Betriebeswesens des Rathenower Betriebes, das nach wie vor die Herstellung und den Vertrieb von Keramiken bezweckt.

Die Auflösung der Produktions- und Arbeitsgemeinschaft darf nicht lediglich ein Mittel zur Erleichterung ihrer Um- oder Neubildung sein (so das RG. im Urteil, 10. Februar 1926, RMBl. 1926, S. 193). Gerade diese Um- oder Neubildung bezweckt aber die Beklagte mit der Entlassung ihrer Rathenower Belegschaft am 2. Mai 1928. Zu ihrem Zwecke sollte die Produktionsgemeinschaft aufgelöst werden. Diese Auflösung kann somit die Voraussetzungen, die das R. G. an dem Begriff „Stillelegung“ knüpft, nicht erfüllen. Dagegen stellt kann bleiben, ob die Herstellung der Rheinsberger Keramiken in dem Rathenower Betriebe etwa die Entlassung einzelner Arbeitnehmer darunter die der Kläger erforderlich gemacht hätte. Die Kläger konnten als Betriebsratsmitglieder auch in diesem Falle nicht ohne Zustimmung der Betriebsvertretung, eventuell die Ermächtigung des Arbeitsgerichts gemäß §§ 96, 97 R. G. gekündigt werden, die unfreiwillig nicht eingeholt worden ist.

Nach allem ist die von der Beklagten ausgesprochene Kündigung der Kläger unwirksam.

Es rechtfertigt sich der Anspruch der Kläger auf Fortzahlung des Lohnes, sowie der Feststellungsanspruch des Klägers zu 1) ohne weiteres. Der Anspruch der Beklagten auf Rückzahlung an den Kläger zu 2) gezahlten Lohnes war abzuweisen.

Landesarbeitsgericht Berlin I.

Das ist eine Stillelegung der Firma Carstens. Im vergangenen Jahre legte Carstens in Neuhaldensleben die Fabrik Hubbe still. In diesem Falle trat man sich mit Nationalisierungsmaßnahmen. Nichts wurde im Betrieb geändert, jetzt ist er wieder eröffnet. Nur die im Betrieb beschäftigten Arbeiter arbeiten zu schlechteren Bedingungen. Das nennt man Nationalisierung. Am 21. April d. J. hat Carstens die Stillelegung des Alten Werkes in Neuhaldensleben angezeigt. Dem Betriebsrat wurde mitgeteilt, das Werk sei nicht mehr rentabel. Aber nach wie vor wurde mit Heberstunden gearbeitet. Auftragsmangel kann also nicht in Frage kommen. Der gesamten Belegschaft wurde zum 29. Mai gekündigt. Um ein langweiliges Tollwut des Betriebes zu erreichen, erfolgte die Entlassungen nach und nach. Um dieses durchzuführen zu können, hatte die Betriebsleitung jedem der Gefährdeten ein Schreiben zugestellt folgenden Wortlauts:

„Wir nehmen Bezug auf unser Kündigungs Schreiben und bieten Ihnen hiermit an, nach Ablauf der Kündigungsfrist noch vorübergehend weiter bei uns tätig zu sein, und zwar auf folgender Basis: Sie arbeiten für uns so lange, bis wir Ihnen durch die Beamten erklären lassen, daß wir keine Arbeit mehr für Sie haben. Dann treten Sie den Ihnen tarifmäßig zustehenden Urlaub an, mit dessen Ablauf Ihr Arbeitsverhältnis bei uns erlischt.“

Der sogenannte Totlauf des Betriebes ging bis zum Sonnabend, den 14. Juli 1928, wo der letzte Rest entlassen wurde. Nach uns gemachten Mitteilungen war von einem tatsächlichen Totlauf nichts zu merken, denn alle Arbeitsplätze waren noch voll Ware und Material.

Nun folgt die bei den Carstens-Stillelegungen übliche Erscheinung. Nachdem der Betrieb 2 Tage (zwei Tage) ruhen bot, wurde er wieder in geringem Umfang neu eröffnet. Aber von den früher Beschäftigten hat sich als neu eingestellt zu betrachten. Die Beilohnarbeiter erhalten einen Tariflohn unter Fortfall der bisherigen Leistungsprämien, die in einzelnen Abteilungen bis zu 7 Pf. pro Stunde betragen. Für die Akkordarbeiter sind die Stückpreise in Höhe der Akkordbasis einseitig von der Firma neu festgelegt. Bei Wocheneinkommen sind die Löhne um ca. 8 RM. pro Woche zurückgelegt. Die Arbeitsbedingungen sind allgemein verschlechtert. Die Waid- und Aufkleberarbeiten sollen in Fortfall kommen. Willigen Sie dieses, Herr Carstens? D. Red.). Die Kündigungszeit von 3 Wochen soll in eine tägliche umgewandelt werden. Hierbei hat sich auch schon mancher Betriebsleiter in die Finger geschnitten, wenn die Arbeiter plötzlich vom diesem Recht Gebrauch machten.

Dabei ist gerade dieser Betrieb mit Angestellten und besonders mit „höheren“ Angestellten überfüllt. Am Betrieb Alles Werk waren beschäftigt: 497 Arbeiter und Arbeiterinnen. Auf diese kamen 14 „Ober-“ oder „Hilfs“- 7 männl. 6 weibl. Angestellte, 3 Lehrlinge, zusammen 18 Personen Kontorpersonal.

Haus der Arbeiterpresse.

Die Internationale Presseausstellung in Köln ist ein großes, beachtenswertes Ereignis. Da kürzlich Bielefeldkollegen vom Meierberg beschlossen, der Ausstellung gemeinschaftlich einen Besuch abzustatten, bringen wir eine Abhandlung des Genossen Richard Seidel, Redakteurs der „Gewerkschafts-Zeitung“ über die Ausstellung.

Der Auenweg ist eine der Hauptstraßen auf der Internationalen Presse-Ausstellung in Köln. Eingefügt in die bunten und lustig besagte Reihe der Sonderbauten großer Häuser der Presseindustrie und weltanschaulich verbundener Gruppen, liegt am Auenweg das Haus der Arbeiterpresse, die Ausstellung der Presse der SPD. und des ADGB. Da sich die architektonischen Formen vieler der benachbarten Bauten (stumpfsinnig) gebärden, wirkt das an und für sich schöne Haus im Gegensatz zu seiner Umgebung besonders vornehm in seiner sachlichen Einfachheit. Wenn die Dunkelheit eintritt, breiten die leuchtenden Buchstaben des von der oberen Ecke des Hauses getragenen Turmes — Haus der Arbeiterpresse, ADGB, SPD. — ihre roten Strahlen über die ganze verschwendend angestrichene Nachbarschaft. Des Hauses Grundriss teilt sich in zwei Hälften. Dem Eingang gegenüber gelangt man in die Ausstellung der Partei, vom Eingang links sich wendend in die des ADGB.

Von vielen möglichen ausstellungsmäßigen Lösungen einer bestimmten Aufgabe kann eine Ausstellung immer nur eine Lösung zeigen. Hier war die Aufgabe, dem Besucher einen bestimmten Eindruck zu geben von der öffentlichen Bedeutung und dem materiellen Bestande der Presse der sozialistischen Arbeiterbewegung und der im ADGB. vereinigten Gewerkschaften. Die Lösung wurde gesucht durch den Verzicht auf verblüffende, aber auch verwirrende und ermüdende Fülle, durch Beschränkung auf eine gemessene Zahl von Schaustücken in Verbindung mit einer großzügigen Formgebung des Ausstellungsgebäudes.

Die Ausstellung des ADGB. birgt ein lichter, weiter, an sich repräsentativer Raum, dessen Maße freie Bewegung in ihm sowie zwischen den Ausstellungsstücken und eine Betrachtung der an den Wänden ausgebreiteten Schaulinien aus angemessenem Abstand erlauben. In der Mitte des Raumes steht, einem Träger gleich, eine vierkantige Säule. Sie nimmt unsere Aufmerksamkeit gefangen durch ein Auf und Ab bewegtes Licht, obgleich sie nichts anderes zeigt, als viel verputzte Statistiken. Auf den vier Seitenflächen der Säule steigen Zahlenreihen aufwärts. Sie zeigen: Die Jahresausgaben 1927 der Dampfbetriebe der Gewerkschaften und ihre Gesamtzahl, die 21 Millionen beträgt; die Jahresausgabe der Sonderzeitschriften der Verbände für 1927 mit der Gesamtzahl von 24 Millionen; die Mitgliederbewegung der gesamten im ADGB. zusammengeschlossenen Verbände von 1891 bis 1927; die Aufwendungen der Verbände für Presse, Literatur und Bildungsarbeit von 1891 bis 1927. Diese Aufwendungen haben 1927 die Höhe von 11 Millionen Reichsmark erreicht. Die jeweils niedrigste Zahl steht immer am Fuße, die höchste am Kopfe der Säule. Und nun gleitet, dem Quecksilberstand eines Thermometers ähnlich, das Auge von Zahl zu Zahl fahrend, ein Lichtstrahl in die Höhe; oben angelangt, verflücht die leuchtende statistische Tabelle, um sich so gleich von unten her wieder aufzubauen.

Lichtbewegte Flächen breiten sich auch an den Wänden aus. Ein an senkrecht verlaufenden weißen und roten Streifen von Glas zusammengesetztes Tableau zeigt die Titelseiten aller Presseorgane unserer Verbände und des Bundes. Die Glasflächen werden von innen beleuchtet, die Titelseiten erscheinen auf ihnen transparent. — Auch hier gleitet das Licht von unten nach oben, so daß sich farbige beleuchtete Bänder ständig an der Wand bewegen. Daneben veranschaulichen interessant gestaltete graphische Tafeln den Aufbau des ADGB. und die Aufteilung seiner so wie der Verbände Wirkungsbereiche in die verschiedenen Aufgabengebiete. Ohne diese gelinde Abkühlung vom Thema Presse wäre die Lösung der Ausstellungsaufgabe unvollkommen geblieben, denn eine Anbahnung von der Struktur unserer Organisation und ihrem Aufgabenkreise bildet die Grundbedingung für das Verständnis unseres Pressewesens. Diese Darstellungen werden ergänzt durch eine ästhetische Nachbildung der Ausbreitung des ADGB. Zum Thema Presse führt ein bewegtes silbernes Modell einer Rotationsmaschine an der dritten Wand. Aus der Maschine gleitet ein Band hervor, das abermals die Titelseiten der Gewerkschaftsblätter am Besucher vorbeiführt. Daneben leuchten — Licht erhöht auch hier die Bildkraft — abwechselnd die Druckorte der Gewerkschaftsblätter auf, und gleichzeitig schiebt ein Strahlenbündel über eine in großen Umrissen wiedergegebene Karte von Deutschland, um anzudeuten, daß die Blätter von jedem Druckorte aus über das ganze Reich verbreitet werden. Alle diese Stücke erhielten Form und Farbe von Prof. Dürsch-Olsen; eine Künstlerhand schuf alle Stücke nach einem Prinzip und damit aus dem Willen ein Ganzes. Aus der gleichen künstlerischen Grundausstattung, die hierbei bestimmend war, bante Architekt Hans Schumacher-Köln Haus und Raum, so daß sich das Ganze der Ausstellung mit Raum und Haus zu einem Werk zusammenfügt.

Drei Vitrinenschreine, so gestellt, daß die Bewegung der Besucher im Raum unbehindert bleibt, bergen eine kleine historische Schau über das Werden unserer Presse sowie einen Teil der wichtigsten Buchliteratur der Verbände. Nur weniges kann hieraus hervorgehoben werden, denn alles ist gleich bemerkenswert. Die Buchdrucker scheinen die fleißigsten Sammler geschichtlicher Werte zu sein; sie haben Dokumente in großer Zahl beigeleuert, die bis auf das Jahr 1848 zurückgehen. Aus den Archiven des Korrespondenzblattes der Generalkommission liegen mehrere interessante Originalmanuskripte und Briefe verstorbenen Führer der Bewegung aus, Arbeiten und Briefe von Legien, Hue, Eisner, Friedrich Lehner, darunter auch ein Aufsatz von v. Elm über die Frage der Gewerkschaftsbau aus dem Jahre 1907. Erstausgaben ihrer Gewerkschaftsblätter zeigen die Zimmerer, Steinleger, Sattler, Tapezierer, Land- und Feldarbeiter, Maler, Gastwirtschaftlichen, Tischler, Klempner, Keramarbeiter, Fabrikarbeiter, Textilarbeiter. Die Gutmacher stellen bemerkenswerte Dokumente aus dem Jahre 1871 zur Verfügung, die Lithographen führen die Reihe ihrer Zeitschriften bis 1874 zurück. Diese Einzelheiten bringen selbst dem mit unserer Geschichte vertrauten Besucher erst die Größe der Tatsache zum Bewußtsein, daß hier ein weit ausgebreitetes Schrifttum aus der Initiative und dem Können „ungebildeter“ Arbeiter, journalistischer „Dilettanten“ entstand.

Eine Treppe führt zu einer breiten Galerie. Von ihrer Höhe bietet sich ein reizvoller Blick auf den ganzen Ausstellungsraum, und durch ihre Fensterränder schaut man hinaus auf das bewegte Bild des Ausstellungsgeländes. Auf der Galerie befindet sich der Lesesaal. Hier stehen alle unsere Blätter in ihrer gegenwärtigen Gestalt, bei jedem Ansehensstake neu zur Verfügung; in einer Vitrinenschreine liegen interessante Stücke der Gewerkschaftsblätter des Auslandes; in zwei Regalen zeigt die Verlagsgesellschaft des ADGB. eine Auswahl aus ihrem Verlage. Ein Lichtbildapparat läßt in ständiger Bewegung und Abwechslung Szenen aus dem beruflichen und gewerkschaftlichen Leben der Arbeiterklasse und Porträts verstorbener Führer der Bewegung verfließen.

An einer seitlichen Wand steht die Wüste von Karl Legien. An ihm vorübergehend erreichen wir die Ausstellung der Presse der Sozialdemokratischen Partei. Der nordere Raum der Ausstellung ist aufgeteilt durch Zwischenwände, an denen in langer Reihe die Zeitungen der Partei, jeweils in der neuesten Ausgabe, aushängen; insgesamt sind das 191 Zeitungen. An einigen Wänden der Wände befinden sich Zeichnungen für den Wähler, auch für jeden Parteitag und für Werberblätter. Man

März- und Wahlzeitungen, Manuskripte. Darunter stehen Vitrinenschreine mit Büchern des Dietrich-Verlages. An den Wänden zieht sich eine Vitrinenschreine mit einer historischen Sammlung. Unter den dort ausgelegten Stücken fallen uns auf: die Rheinische Zeitung von 1848, die Neue Rheinische Zeitung von 1848/49, Weillings Urwähler von 1848, Freie Blätter (Robert Blum, Freiheitskämpfer) von 1848, Volksstaat von 1872, Vorwärts von 1878 und Sozialdemokrat von 1893 bis 1899.

Dann betreten wir den hinteren Teil der Ausstellung, worin sich ein Lichtspieltheater mit Sitzplätzen für 200 Besucher befindet. „Im Anfang war das Wort“ heißt der Bildstreifen, der hier immerwährend abrollt und ständlich eine große Besucherzahl anlockt. Nach einem Manuskript von Max Barthel von Meyner mit guten Kräften, unter denen sich Fritz Kortner befindet, ausgeführt, zeigt der Film ein einprägsames Bild der Geschichte, Bedeutung und Größe der sozialdemokratischen Presse sowie ihres Bestandes an technischen Mitteln. Neben den ältesten Zeitschriften sozialdemokratischer Blätter werden die neuesten und größten Zeitungshäuser der Partei vorgeführt. Spielfilme zeigen interessante, auch menschlich tief berührende Vorgänge aus der Geschichte der Bewegung: ein Handstück dieser Art bilden Szenen aus den Sozialistenverfolgungen in der Zeit des Ausnahmengesetzes von 1878 bis 1890. Die tiefen Töne des Schmerzes, die den Charakter dieses Teils bestimmen, werden in plötzlichem Aufbruch abgelöst durch den stolzen Jubel des Sieges beim Fall des Gesetzes. Von diesem Punkte aus beginnt ein Wirbel neuerbrochener Kämpfe; rasende Maschinen in den Bildern zeigen die Größe der Presseunternehmungen unserer Zeit; sie sind zugleich symbolisch für das Tempo der Entwicklung der Bewegung in der jüngsten Epoche.

Die Urteile über eine Ausstellung werden stets so verschieden sein wie die Zahl der möglichen Lösungen der gestellten Aufgaben groß ist. Unser Urteil ist dieses: Wären unter den Ausstellungsbauten der schwerreichen kapitalistischen Zeitungshäuser, der Verlage einträchtiger Inzeratplantagen geseht, steht das Haus, baulich und inhaltlich gleich vornehm, und gediegen, da als eindrucksvoller Zeuge der Bedeutung der Arbeiterpresse.

Geistiges Nützlich.

Bearbeitet und zusammengefasst von M. Abramowitsch-Resinow.
(Nachdruck sowie Übersetzung ohne Genehmigung des Verfassers verboten.)

Erziehung ist jede innere (psychische) Gestaltung des Menschen, die von irgendeiner direkten oder mittelbaren sozialen Wirkung herrührt. Von der Stunde seiner Geburt bis zu seiner letzten Stunde ist der Mensch von einer derartigen höchsten Stelle des gesellschaftlichen Lebens umgeben, daß sich ihm selbst das Naturleben erst vermittelt dieser Stelle darstellt. Die soziale Umgebung ist es, die alles Dienstwerden des einzelnen, das Wie eines Denk-, geistigen- und willensmäßiger Gehirns an Dinge und Erlebnisse bestimmt, Charakter und Art seines Innenlebens festlegt. Näheres über die sozialen Faktoren der menschlichen Psyche in „Was jeder wissen sollte“, Abschnitt 6, „Keramischer Band“ Nr. 21 vom 26. Mai 1929. Jeder Vorgang des gesellschaftlichen Lebens, der auf die Existenz des einzelnen Bezug nimmt — und auf diese Existenz nehmen alle Vorgänge des gesellschaftlichen Lebens irgendetwas Bezug — wirkt auch auf die Gestaltung seines Innenlebens. Trifft eine merkliche Veränderung der sozialen Wirkungen ein, so hat sie stets auch eine Veränderung des Innenlebens des von diesen Wirkungen Betroffenen zur Folge. Diese Veränderungen treten im Menschenleben besonders auf den höheren Stufen des gesellschaftlichen Lebens recht häufig ein. Und so hört Erziehung, in diesem weitesten Sinne des Wortes, eigentlich niemals auf.

Jede Erziehung ist ein gesellschaftlicher Vorgang und unterliegt deshalb denselben Gesetzmäßigkeiten, die auch für alles gesellschaftliche Geschehen schiedlich maßgebend ist. Die Begründung der auf alle Erziehung Bezug nehmenden sozialen Gesetzmäßigkeit, wie auch der Art dieser Bezugnahme und der sich aus ihr ergebenden Folgerungen, gehört deshalb ausschließlich in das Selbstständigkeitsgebiet der allgemeinen Gesellschaftswissenschaft (Soziologie). Die von manchen Schriftstellern behaupteten Behauptungen ihrer Erziehungslehren, wie „soziale“ oder „sozialpädagogische“, „sozialpädagogische“ und dergl. (Pädagogik: Erziehungslehre) ist also schon allein deshalb unangebracht, weil man mit denartiger Bezeichnungen entweder direkt jagt, oder zumindest den Eindruck erweckt, als ob es noch eine andere als eine sozialwissenschaftlich fundierte Pädagogik gäbe, die diesen Namen verdient. In Wirklichkeit kann die Pädagogik nur soziologisch aufgebaut werden.

Klassen- und Massenerziehung ist jede Erziehung, welche eine Einstellung aufweist, die für eine bestimmte gesellschaftliche Lenkungsrichtung ist. Die Sondererziehung des Einzelnen wie des gesamten Volkes der großen Gesellschaften aber führt stets mit zwingender Notwendigkeit zu einer eben solchen Einstellung ihrer Erziehung auf die Gestaltung des Innenlebens der von ihrem Wirkungskreis umfaßten Menschen. Und deshalb ist im höheren Alter der gesellschaftlichen Klassen- und Massenerziehung auch jede Erziehung Klassen- und Massenerziehung, oder, mit anderen Worten: die Erziehung zu einem klassenmäßig geformten Menschenverstand.

Bürgerliche Erziehung weist in ihrer Einstellung das Grundmerkmal der bürgerlichen Klasse auf: die Zweifältigkeit. Vor allem schon in ihrem Umfang; während der Staat, die Kommune, die Kirche, zum Teil auch die Familie und private Erziehungsanstalten, die Erziehung durchaus planmäßig und organisiert betreiben, verläßt die Erziehungswirkung der übrigen bürgerlichen Lebensgemeinschaft vollständig unorganisiert, ja mehr noch: unorganisiert. Aber auch die organisierte bürgerliche Erziehung trägt die unverkennbaren Merkmale der Klasseart: Zweifältigkeit und Autorität. Denn zweifältig in dieser Erziehung ist ihre doppelte Einstellung einerseits auf die Heranbildung selbstherrlicher Individuen innerhalb der privilegierten Kreise individueller Erziehung der Mittel- und Hochschulen, und andererseits auf die Bildung passivgehöriger, den „höheren Klassen“ der Gesellschaft und des Staates gedulda ergebenden „Untertanen“ — Menschen in den schaffenden unteren Volksmassen. Zweifältig ist hier auch das Unterstandsverhältnis von „Erzieher“ und „Gelernter“. Und zweifältig ist endlich das innere Leben des ganzen Bildungssystems, das nicht den Stoff der Lebenserkenntnis aus dem werdenden Menschen heraus reifen läßt, sondern ihn diesen, freist höherer Gewalt, einfach aufzwängt. Dieser Stoffzwang bleibt auch in jenen vorwiegend bürgerlichen Erziehungs- und Bildungssystemen unverändert bestehen, bei denen Wert darauf gelegt wird, daß der Schüler sich den betreffenden Wissensstoff in selbsttätiger Weise erarbeite (Dalton-Plan, Montessori-System). Fortschrittlich geändert ist hier lediglich die Art, nach der der Schüler sich den Wissensstoff aneignet hat: der Stoff selbst aber wird ihm auch hier genau so wie bei den anderen bürgerlichen Bildungssystemen von oben diktiert. Dieser Grund- und inneren Zweifältigkeit gehört so sehr zum Wesen aller bürgerlichen Erziehung, daß er sich auch durch keine in den Grenzen dieser Erziehung sich bewegenden Reform ganz beseitigen läßt.

Proletarische Erziehung weist den gleichen inneren Aufbau (Struktur) und die gleiche Wesensähnlichkeit auf wie die Klasseerziehung des modernen Industrieproletariats. Sie ist die Erziehung zum proletarischen geistigen Leben des Menschen, zur funktionalen Harmonie des Innenlebens und somit zugleich zur eigentlichen Persönlichkeit (Vergleiche Abschnitt „Individuum“, „Keramischer Band“ Nr. 21, Seite 100 vom 18. 6. 29. Nr.

Kenntnissen ist: Erziehungs-Politik (Gemeinschaft) als umfassende Organisation, harmonisch organisierte Einheit des gesamten Erziehungswesens. Ihre Grundzüge: Autoritätslosigkeit, Selbsttätigkeit, Lebens- und Arbeitsgemeinschaft. Ihr Zweck ist nicht die Unterordnung des „höheren Geistes“, sondern die freie Einordnung in ein harmonisches soziales Gefüge. Die neue Jugend, der werdende neue Mensch als Vorbild und Träger der kommenden Gesellschaft ist für die Mittelpunkt und höchste Gut. Hier wird der werdende Mensch zu beruflichen Aktivität erzogen, die ihn später befähigen soll, in Gemeinschaft und Einklang mit dem Bestreben seiner Klasse, das gesamte Leben und mit diesem auch die Struktur der Lebenserkenntnis und des Wissensstoffes selbst nicht nur zu beherrschen, sondern auch zu ändern. Gegenwärtig ist die proletarische Erziehung erst noch im Entstehen begriffen. Die Klassenentwicklung und der kommende Aufstieg des Industrieproletariats verheißen ihr indes eine heereiche Zukunft. Als vielversprechend, heute schon erfolgreich und durchaus entwicklungsfähiger Anfang einer praktischen Verwirklichung der proletarischen Erziehungsart ist von den mir bisher am Ort bekannten Schulen die Versuchsschule von Adolf Reusen in Neufuß zu werten. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten und zu wünschen, daß dieser verheißungsvolle Anfang eine kräftige Entwicklung erfährt. Und es liegt im ureigensten Interesse der gesamten Arbeiterklasse, dem weiteren Werden dieser neuen proletarischen Erziehung und deren Organisation — der proletarischen Schule — ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit und Fürsorge zu widmen.

Arbeit und Wille.

Der Wille ist uns ein Lebenselement. Immer wieder haben ihn die Philosophen in dieser seiner Bedeutung für das Leben beschrieben und die Dichter besungen, und doch stehen wir in noch größerem Staunen vor dieser Lebenskraft, die da Wille heißt, durch die Feststellungen moderner Wissenschaft.

Es gibt eine Erzählung aus dem alten Griechenland, die Erzählung von dem Läufer von Marathon. Da bei Marathon hatten die Athener über die Perser gesiegt, und in höchster Freude wollte der Läufer in schärfster Weise die Kunde nach Hause bringen, nach Athen. Und so eilte er ohne Rast, und er eilte und eilte über seine Kraft, nur von seinem Willen getragen. Und als er angekommen und sein stolzes „Wir haben gesiegt!“ gerufen, da fiel er tot um. Er hatte mehr geleistet, als seine Kräfte vermochten. Doch, solange sein Wille ihn trieb, fühlte sich sein Leben seinem Willen, bis er mit der Erfüllung des Willens brach.

Daß solche Leistungen des Willens tatsächlich möglich sind, hat die Wissenschaft uns einwandfrei bewiesen, und all die Berichte der neuesten Zeit über das willkürliche Verdrängen von Blut und Knochen am Körper und über das Durchstechen und Durchbohren von Körperteilen ohne Blutverlust, das alles ist nichts als die Leistung eines starken Willens, der den Leib in der Gewalt hat.

So ist und bewiesen, daß der Wille im beruflichen wie im sonstigen schaffenden Leben von einschneidender Bedeutung ist. Es ist erwiesen, daß Männer, die unter Entbehrungen für einen Gedanken werken, daß Künstler, die in ihrem Wirken ein unruhiges Nervenleben führen, daß Persönlichkeiten, die ihren Lebensweg unter Opfern zu einem bestimmten Ziele hin schreiten, daß diese Menschen unter den Strapazen ihres Lebens nicht so leiden wie man vielleicht vermutet, weil ein bestimmter, positiver, starker Wille sie treibt.

Da ist es eine Lebensforderung — im eigentlichen Sinne des Wortes — für jeden von uns, daß unser ganzes Dasein durchdrungen wird von unserem Willen, daß Lebensführung und Wille ein Ganzes sind und auch das berufliche und soziale Leben getragen wird von einem starken und lebendigen Willen.

Gerade die Untersuchungen unserer sportlichen Zeit an trainierenden Menschen haben klar erwiesen, was das heißt, wenn Leistung und Wille verbunden sind. Denn es ist nicht nur die Kräftigung der Muskulatur, die durch das Training erreicht wird. Von wesentlicher Bedeutung ist das Zusammenwirken der geistigen Muskelkraft durch einen starken Willen zur Kräftigung, einen Willen, der unwillkürlich jede überflüssige Nebenbewegung ausschaltet und die Kraft auf die eine erzielte harmonische Leistung konzentriert. Diese Bedeutung des Willens für Leistung und Lebensgefühl steht wissenschaftlich fest.

Was könnte da das Dasein für uns bedeuten, wenn es nie in alle Teile hinein von solch einem Willen erfüllt wäre! Welche Steigerung der Kraft und des Schaffens würde da sein! Welche Hebung der Lebensfreude!

Aber da reißt der Mechanismus der Arbeit Schaffen und Willen auseinander. Da wundert das mancherlei Einkommen, das der Beruf bringt, die Liebe zum Beruf und damit den Willen zur Leistung und zur Tat, wie er von Natur aus ein Lebensbedürfnis des Menschen ist.

Die Hebung der sozialen Lage, die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Lebens sind Werte zur Hebung unserer Lebenskraft. Je ärger das soziale, berufliche Glück ist, um je mehr ist der Wille mit unserem Schaffen verbunden, um so mehr werden wir getragen von der elementaren Lebensenergie, wie der Wille sie darstellt.

Die Wissenschaft ist überrascht über die Kraft, die der Wille über den Leib hat. Es gilt, die Kraft des Willens zu dehnen und mit ihr auch zu erfüllen all die anderen Gebiete unseres Lebens. Solch eine originale Kraft, wie der Wille sie ist, kann auch vom sozialen und wirtschaftlichen Leben nicht ferngehalten werden. Das Arbeitsleben des Menschen muß solche soziale Erhaltung aufweisen, daß in ihm auch der Wille die ihm gebührende Rolle spielt. Das ist aber, nur dann der Fall, wenn der Mensch keinen geistigen Fähigkeiten und inneren Wertigkeiten entbehrenden Mensch ist und wenn er in seiner Arbeit nicht Selbstliebe oder Selbstsucht ist, sondern freier Mensch in einer Gemeinschaft, deren Ziel allein Dienst am Ganzen, Schaffen für den geistigen und künstlerischen Fortschritt der Menschheit ist. Und das ist das herrliche Ziel der freigesellschaftlichen Bewegung, die durch ihren Organisationsaufbau auch der wachsenden Freiheit des wachsenden Menschen im sozialen Leben des heutigen Tages dient. Dr. Gustav Hoffmann.

Wir müssen die ganze Arbeiterklasse als politische Partei konstituieren. Die ökonomische Entwicklung läuft immer mehr in der Richtung zum Sozialismus. Immer klarer wird das Problem vor die Arbeiterklasse gestellt, die Kreuzung von Staat und Wirtschaft zu vollziehen. Die Lösung ist das unmittelbare Schicksal jeden einzelnen Arbeiters und seiner Familie geworden. Deshalb muß das Proletariat die Staatsmacht zur Verwirklichung des Sozialismus erheben. Wir kennen den Weg, wir kennen das Ziel! Unsere Ansichten sind gut. Hilferding (auf dem Parteitag in Kiel 1927.)

Es gibt keine größere Gefahr für die menschliche Entwicklung, als die wilde, verzerrte Gewöhnung an unethische Zustände, die schließlich wie ein unentwirrbares Rausgeflecht werden und in deren heimlicher Ausfüllung die einzig mögliche Aufgabe erkannt wird. Denn, man darf niemals die Fähigkeit verlernen, sich aus dem gegenwärtigen völlig hinauszuheben und den Flug ins Reich der freien Vernunft zu unternehmen. Man muß es, trotz allem Spott der Philister und Feiglinge, der Brutalen und Phantasielosen, wagen, phantasiefreudig in fremden Zungen zu reden — der Heimatbrüche der Begeisterung. Kurt Eisner (Das Volk der Gebeil)

Gewerkschaften und Betriebsräte in England.

Zwei Momente sind es, die in England neuerlich das allgemeine Interesse für das Betriebsrätewesen wachgerufen haben: 1. Das Erscheinen des neuen liberalen Wahlprogramms in Buchform; 2. die bekannten Vorschläge des Chemiegewaltigen Sir Alfred Mond, der kürzlich in den Vorstand gehoben wurde und jetzt Lord Melchett heißt. Beide Vorschläge legen großes Gewicht auf das Betriebsrätewesen. Während die Vorschläge des liberalen Wahlprogramms auf Schaffung eines Gesetzes nach deutschem Muster hinielen, will Lord Melchett Betriebsräte durch tatsächliche Verankerung schaffen. Was die Bedeutung dieser Vorschläge hebt, ist, die Betriebsräte sollen nicht außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens wirken und in eine Art Konkurrenz zu diesen treten, sondern ebenfalls nach deutschem Muster innerhalb des Rahmens.

Zwischen dem Generalrat der Gewerkschaften und der von Lord Melchett geleiteten Unternehmergruppe hat eine Reihe von Konferenzen stattgefunden mit dem Ergebnis, daß ein Bericht ausgearbeitet wurde, der die fast einstimmig angenommenen Entschlüsse und Vorschläge der Kommission enthält. Nach diesem soll ein nationaler Wirtschaftsrat, bestehend aus Vertretern der Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen geschaffen werden. Außer den Beziehungen von Kapital und Arbeit, Nationalisierung und dergleichen soll es Aufgabe dieses Wirtschaftsrates sein, als eine Art nationaler Schlichtungsinstanz zu fungieren, der, wo notwendig, Spezialschlichtungsausschüsse zur Verhinderung von Streiks ernannt. Das Zwangsschlichtungswesen wird sowohl von den Vertretern der Arbeiter wie der Unternehmer als unpraktisch abgelehnt.

Die Frage der Schaffung von Betriebsräten ist noch nicht spruchreif. Trotz des hartnäckigen Widerstandes des Sekretärs der Bergarbeiter, Coof, der die Bemühungen des Generalrats als Arbeitgemeinschaftsmanöver bekämpft, hat letzterer gegen die Stimme Coofs beschlossen, sich voll und ganz hinter den veröffentlichten Bericht zu stellen und den beschrittenen Weg weiter zu verfolgen.

Die englische Betriebsrätebewegung trat im Kriege unter dem Namen Shopstewards sehr stark in die Erscheinung. Leider fehlte es dieser Bewegung an einer stützenden Politik, und sie geriet bald in schärfen Gegensatz zu den Gewerkschaften. Daraus erklärt sich wohl auch, daß sie bei Vereintrück der Wirtschaftskrisis Ende 1920 rechtungslos verloren ging. Wohl hielten auch heute noch die Shopstewards, die ja nicht erst im Kriege entstanden, da es sich ursprünglich um Gewerkschaftsfunktionäre handelte, aber die Besinnliche, die sich die neue Bewegung angeeignet, gingen im Strudel der Ereignisse verloren. Die einseitige Erwerbslosigkeit auf den Unternehmern das probate Mittel in die Hand: Entlassung aller Stürmer und Dränger und die Bewegung verlor das Rückgrat. Die wichtige, herauszuhebende Lehre ist die, daß dem Latendrang Schwanken entgegen und es zwecklos ist, dieselben überbringen zu wollen. Außerdem ist es auch gefährlich, den Wegen überhumpeln zu wollen.

Im Kriege, sowie auch in der revolutionären Hochzeit nach dem Kriege, glaubten die „revolutionären Shopstewards“, ohne die Gewerkschaften auskommen zu können, und das war der Verderb. Man unterminierte den Einfluß der Gewerkschaften und brachte so den Akt, auf dem man sah, zum Scheitern. Allerdings wird man das Gerücht nicht los, daß die Gewerkschaften der neu auftretenden Bewegung hilflos gegenüberstanden. Die Metallarbeitergewerkschaften waren der Bewegung direkt feindlich gesinnt. Zum Teil erklärt sich diese feindliche Haltung aus der Art der Überwachung der verschiedenartigen Gewerkschaftsbeziehungen. Bei diesen handelt es sich durchaus nicht immer um allgemeine Grundregeln, sondern häufig um zünftlerische Eigenwünsche der einzelnen Gruppen der Facharbeiter. Man hat eine Art Monopolstellung auf Unterfertigung bestimmter Artikel erlangt und wacht nun streng darauf, die betreffenden Arbeiter von keiner anderen Gruppe berühren zu lassen. Die hartnäckigsten Streiks werden zur Vertreibung „höflicherer“ Rechte geführt. Man nennt diese Kampf die „Kippen“ und die „Situation“ (Erklärungen), die im Kriege den Unternehmern große Schwierigkeiten machten. Unter dem Einfluß des Premierministers Lloyd George wurde veranlaßt, die Situation für die Dauer des Krieges außer Kraft zu setzen, was nie ganz gelang. Sofort nach dem Kriege legten aber die Situation-Kämpfe mit voller Wucht wieder ein. Es fehlte auch nicht an Zusammenstößen mit den Gewerkschaften, vor allem in der Metallindustrie des Nordens von England. Daß die Rolle der Shopstewards, sowie die der Gewerkschaften keine leichte war, ist bezeichnend. Die Shopstewards waren nur Vertreter der gelehrten Arbeiter, die sich um das Los der ungelehrten nicht kümmerten. Diese wieder hatten meistens ihre eigenen Stewards, was durchaus nicht nach Wirtschaftsdemokratie aussah.

Trotzdem nun die Betriebsräte von den meisten großen Gewerkschaften nicht anerkannt wurden, erhielten diese im Sturmschritt immer größere Macht. In den großen Betrieben vereinigten sich die Elemente der Arbeiter in „Workmen's Committees“ Betriebsräte und diese wieder bildeten Betriebsratsverbände. In verschiedenen Städten ist es auch zu einem Zusammenstoß der verschiedenen Betriebsräte gekommen. In der Stadt Coventry hatten sich die Räte im Kriege federativ vereinigt und einen Vorstand ernannt. Da aber die Gewerkschaften diese Organisation nicht anerkannten, bildeten sie eine selbständige Körperschaft.

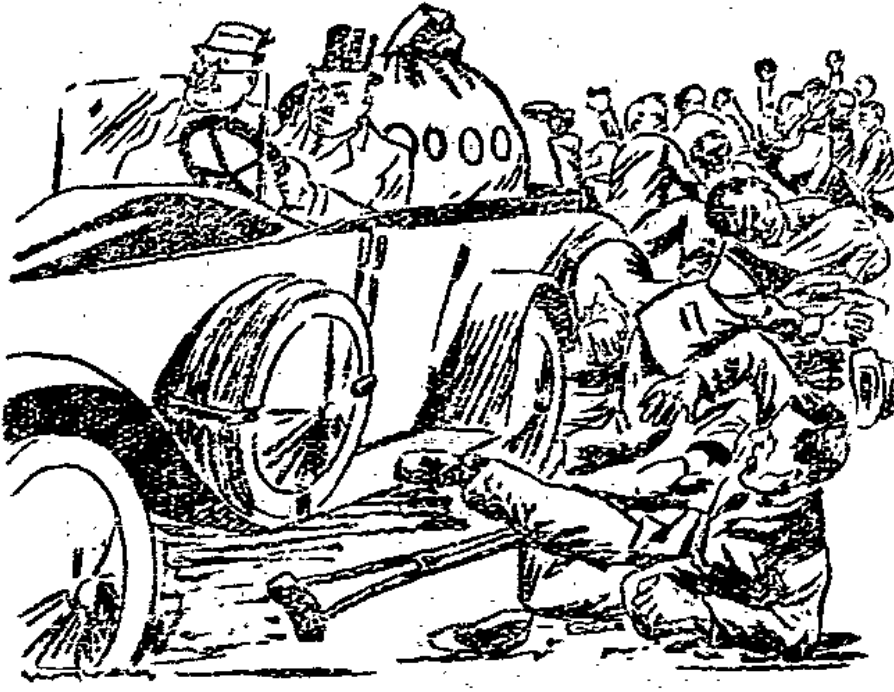
Einer der Gründe, warum die Gewerkschaften die Betriebsräte nicht anerkannten, lag auch im Gegensatz zur Arbeitskraft. Die meisten Gewerkschaften sind starke Gegner der Arbeitskraft. Die berühmte Ausnahme der Arbeiter in den Jahren 1907-09, bei der gerade die deutsche Gewerkschaftsbewegung ihre internationalistische Solidarität in so wunderbarer Weise bewies, war zum Teil deshalb erklärt worden, weil die Arbeiter für bestimmte Nachgruppen die Arbeitskraft nicht wollten, was die Gewerkschaften zu verhindern suchten. Die Shopstewards wurden die heftigsten Gegner der Arbeitskraft, was es ihnen nicht war, wenn man im Sinne des deutschen Betriebsrätegesetzes all diese Dinge in Zusammenhang mit den Gewerkschaften setzen könnte. Die Shopstewards haben die wir leben, durchaus nicht immer internationalistisch gewesen, haben im Gegenteil häufig einen sehr nationalistischen Standpunkt eingenommen. So sehen wir in England in den ersten Jahren nach dem Kriege eine Betriebsrätebewegung, die nach außen hin sehr revolutionär aussah und den Arbeiter nach Moskau suchte, daß innen aber doch von dem alten Standpunkt nicht los war. Hier ist wohl der Hauptgrund für den Zusammenbruch der Betriebsräte zu finden.

Englische Gewerkschaftskreise sind zur Ansicht gekommen, daß man auch in England versuchen muß, das Betriebsrätewesen in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung zu stellen. Hierzu hat es vor allem einer stützenden Unterstützung des Betriebsrates der Gewerkschaften bedurft. So erklärt sich wohl auch der Erfolg des Lord Melchett als Vorsitzender auf dem letzten Gewerkschaftskongress, der in dem Satz auslief, die englischen Gewerkschaften müßten neue Wege beschreiten. Das Ergebnis der Shopstewardsbewegung ist klar und deutlich, daß eine Betriebsrätebewegung ohne gewerkschaftliche Förderung zu Nichte ist. Die Gewerkschaften sind die Stütze jeder nützlichen Arbeit der Betriebsräte. Das hat der Münchener Gewerkschaftskongress von 1919 formgerecht und ausdrücklich festgestellt. In England hat man bis jetzt den Betriebsratsgedanken weder eine rechtliche noch eine theoretische Grundlage gegeben. Der Grund hierfür eigentümliche Geschäftsverhältnisse lag in der Ent-

wicklung der englischen Gewerkschaftsbewegung, die keine einheitliche, in sich zusammengehörige soziale Bewegung darstellte.

In den letzten Jahren haben auch hier merkliche Umwälzungen stattgefunden. Der jetzige Generalrat ist bemüht, der Bewegung einen Stoß zu geben. Allerdings ist es bis jetzt schwer zu sagen, welche Richtung die Entwicklung der englischen Betriebsrätebewegung nehmen wird. Wird diese andere Wege einschlagen als die deutsche? Einz ist sicher, Betriebsdemokratie heißt Steigerung des Einflusses der Arbeiterschaft im Betrieb. Es bleibt nun abzuwarten, welcher Art die Vorschläge sein werden, die demnach ausgearbeitet sind. Auf der englischen Gewerkschaftsbewegung lastet schwere Verantwortung. Die unter Führung des Lord Melchett begonnene Vorschläge zielen darauf hin, großzügige Reformen auf allen Gebieten der Wirtschaft- und Betriebsdemokratie ohne jedwede staatliche Einmischung zu erzielen. Kein äußerlich betrachtet, reicht das etwas nach der veralteten manchesterlichen Freiheitsidee, die alles Streben nach menschlichem Fortschritt in das Gebiet der Selbsthilfe verlegt.

B. Weingarz.



Angepaßt! Das Auto bläst! Ihr Geschick, wollt ihr kaufen? Über die Stelzen fallen läßt, mag im eignen Blut erjanzen.

Tod der Arbeit, Jahre flott über lumpige Proleten, brau und drau und hü und hott! Sonsten geht ihr drau und löten.

Sin nad her und Arm und Bein unter den Maschinenknäppl! Denn er muß gestolpert sein, dieser oder jener Krüppel.

Starb er nicht fürs Vaterland, wird der Geldsack ihn vernichten, also macht mit Herz und Hand patriotische Geschichten...

A. B.

Der Kongress der österreichischen Gewerkschaften.

Was dem in der zweiten Hälfte in Wien abgehaltenen zehnten Kongress der österreichischen Gewerkschaften seine Bedeutung verleiht, sind drei wertvolle Beschlüsse, die auch über Österreich hinaus Interesse wecken. So wurde vor allem die in Deutschland und anderen Ländern ein- und vereinigten freien Gewerkschaften geschaffen. Das diesbezügliche Statut und ein zweites für Landesgruppen wurde sogar ohne weitere Aussprache beschlossen. Bisher bestand, und zwar seit 21 Jahren, eine Gewerkschaftskommission als lose Zusammenfassung von derzeit 22 Organisationen. In dieser Spitzenorganisation waren alle freien Gewerkschaften, sowohl jene der Arbeiter, wie jene der Angestellten und Beamten vereinigt. Nun wird der neue Bund alle Kräfte umfassen; er bekommt weitgehende Machtmittel und auch vermehrte materielle Mittel. Sein Wirkungskreis ist im allgemeinen dem unieres ADGB gleich. Er wird in der Lage sein, Gewaltiges zu leisten, da ihm auch die in Österreich bestehenden Kamern für Arbeiter und Angestellte mit ihrem Apparat in Fragen der Volkswirtschaft und Sozialpolitik zur Verfügung stehen.

Die andere bedeutsame Leistung des Kongresses muß darin erblickt werden, daß er das Problem der Industriegruppenorganisation gründlich erörterte. Zwar gelang es nicht, eine Lösung zu finden. Denn dies konnte angesichts vorherrschender Schwierigkeiten nicht erwartet werden, aber er schuf doch wenigstens so viel Arbeit und bekannte sich so sehr zu diesem Prinzip, daß nunmehr der Bundesvorstand Gelegenheit hat, mit aller Entschiedenheit im Wege von Verhandlungen von Verband zu Verband dem Ziele näher zu kommen. Eine vom Kongress angenommene Erklärungsbeschlüsse betonte ausdrücklich die Pflicht der Verbände, mit allem Eifer den Erfordernissen der Zeit Rechnung zu tragen.

Die dritte anerkanntswerte Tat des Kongresses lag darin, er sich einmütig mit der Frage der Nationalisierung und vernachlässigt deren Auswirkungen beschäftigte. Ein Referat mit interessanten Beispielen aus der Praxis und eine lockende Debatte darüber bewiesen, wie sehr die Arbeiter und Angestellten diese Angelegenheit würdigen und einschätzen. Eine angenommene Entschliessung besagt in Bezug auf Verhältnisse, Maßnahmen und Forderungen, es müßte angestrebt werden:

1. Mitwirkung der Betriebsräte und der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen bei geplanten Nationalisierungsmaßnahmen;
2. Erhöhung der Löhne und Verdienste unter Berücksichtigung der erhöhten Erzeugung mit gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend der gesteigerten Inanspruchnahme der Arbeitskraft;
3. Kollektivvertragmäßige Festlegung der Lohnansprüche des laufenden Jahres und der zugeordneten Maschinen;
4. Staatliche Institute, die unter Mitwirkung der von den Unternehmern unabhängigen Gewerkschaften die Ertragsmehrmehrmengen und gesundheitsfördernden Folgen der ununterbrochenen räumlichen und zeitlichen Arbeitsleistung feststellen;
5. Maßnahmen zur Verhinderung von gesundheitslichen Folgen einer solchen Arbeitsleistung.

In der Woche vom 29. Juli bis 4. August ist der 31. Wochenbeitrag fällig.

Ein geistvolles und tiefes Referat von Dr. ... behandelte die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes. Ein nicht minder interessantes Referat von Anna Boshel hatte die Frauenarbeit im Vordergrund. Zum ersten Male gab sich Gelegenheit, diese auf einem österreichischen Gewerkschaftskongress zu behandeln und die zahlreich anwesenden weiblichen Delegierten benutzten diese, als Gewerkschaftlerinnen dazu Stellung zu nehmen. Es wurde in einer Entschliessung gleicher Lohn für gleiche Leistung und vermehrter sozialpolitischer Schutz verlangt.

Von den sonstigen durch Antragsstellung bewirkten Beschlüssen des Kongresses, die spezielle Angelegenheiten betrafen, seien einige genannt. So hat der Kongress dagegen Stellung genommen, daß die sozialpolitischen Einrichtungen im Ausland nur zum Teil Geltung besitzen. Er hat die bürgerliche Landesregierung aufgefordert, diese Kulturstände beiseite zu lassen. Er hat zwei Anträge über Bildungsfragen (Mittelschulen) dem Bundesvorstand empfohlen. Er hat dem Bundesvorstand die Pflicht auferlegt, für eine brauchbare Statistik über Lohnsätze zu sorgen. Auch ein einheitlicher Mittelanstreife soll kommen, freilich nicht mit Zwangscharakter. Die Betriebsräte in Verwaltungsräten der Aktiengesellschaften sollen in einer Beratung zusammenberufen werden. Weitere Gewerkschaftsmitgliedern sollen entsprechende Mäßigungsmaßnahmen geboten werden.

Heben wir noch hervor, daß die Beratungen des Kongresses mit größtem Ernst und Anerkennungswürde Einmütigkeit geführt wurden, daß in dem Ganzen eine Art Aufsichtswesen und Entschlossenheit, eine Komplexionierung gegenüber einem herausüberübenden Unternehmertum lag — was in der debattenlosen Annahme der verschiedenen Geschäftsberichte in der einstimmigen Wahl der Bundesleitung zum Ausdruck kam — so haben wir damit den österreichischen Kongress seiner Wesensart gekennzeichnet.

Reorganisation im Internationalen Gewerkschaftsbund.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hielt in Köln eine Tagung ab und beschloß in der Reorganisationsfrage, der Auszubildung im September folgende Beschlüsse zu unterbreiten:

1. Der von den englischen Gewerkschaften vorgeschlagene Generalsekretär Citrine soll an Stelle von Sidis als Bundesmitglied gewählt werden. Sobald diese Wahl vollzogen ist, wird der Vorstand Citrine zum Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes wählen.

2. Der Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes soll bis zum nächsten internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam bleiben.

3. Als Generalsekretär wird Sassenbach vorgeschlagen. Die mit der Reorganisation zusammenhängenden Fragen werden der Entscheidung des Ausschusses überlassen.

Außerdem beschäftigte sich der Vorstand mit der Vorbereitung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1929. Auf hier soll dem Ausschuss Gelegenheit gegeben werden, alle mit den Konferenzen von 1928 und 1929 zusammenhängenden Fragen zu diskutieren. Dem Vorstand lag u. a. auch ein Antrag vor, wegen Sassenbach vor auf Abhaltung einer beinahe internationalen Konferenz mit der Neuen Gewerkschaftsinternationale. In dem Antwortschreiben an die Antragsteller soll auf die Entscheidung des Wiener Kongresses im Jahre 1924 hingewiesen werden, die auch durch die Pariser Konferenz im Jahre 1927 nicht abgeändert worden ist. Infolgedessen wird der Vorstand davon Abstand nehmen, dem Ausschuss die Einberufung einer solchen beinahe internationalen Konferenz vorzuschlagen.

Die Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit soll, wie bereits beschlossen wurde, in der ersten Oktoberwoche dieses Jahres vorgenommen werden. Dagegen wurde beschlossen, die Erhebung über die Arbeitslosigkeit innerhalb der Gewerkschaften selbst im Ausschuss zur Sprache zu bringen, aber im übrigen diese Erhebung bis zum Jahre 1929 zurückzustellen. Die nächste Vorstandssitzung soll am Tage vor der Ausschusssitzung, d. h. am Montag, dem 24. September, in Amsterdam stattfinden.

Ausschluß.

Ausschluß wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3 des Statuts des Ausschusses Höchst a. M., Heinrich Daud Mitgliedsbuch-Nr. 697 724.

Zur Beachtung!

Die Geschäftsführerstelle in Bonn ist besetzt; allen Werbepersonen besten Dank. Die Gauleitung, S. Wirth.

Arbeitsmarkt.

Ein Glasbleiwerkgehilfe auf Stielschiff, rheinische Touren bei hohem Lohn für sofort gesucht durch Glasbleiwerkmeister Fridolin Bohner bei Firma Rohrbach & Böhm, Rüders, Glad. (427)

Selbständiger lediger Schmelzer zu baldigem Antritt gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen erbitten an die Porzellanfabrik Freiberg in Freiberg i. Sa. (428)

Tüchtiger Glasfenster-Dreher, möglichst lebhaft, gefund Angebote an die Glaswerke, Aktiengesellschaft Liebau in Schlesien. (429)

Tüchtiger Formentzegergehilfe, lebhaft, firm im Blei- und Glaswerk, bei hohem Lohn per sofort gesucht. Glasbüttenwerk in Peiß, M. A. (430a)

Einige unverheiratete tüchtige Steingutgründler nach dem Ausland per sofort gesucht. Bewerbungen sind zu richten an H. S. Hasle Linker- & Chamottefabrik, Vorhofstraße 10, Chamotte- od. Klinkerfabrik. (431a)

Größere Glasfabrik, Nähe Dresden, sucht für sofort einen sehr tüchtigen Arbeiter für alle Arten Blei- und Glasarbeiten, für innen und außen matt. Es ist erforderlich, daß der Arbeiter über sehr gute Zeugnisse verfügt und selbständig die Arbeit vornimmt. In Frage kommt nur eine Kraft, welche bereits eine mehrjährige, erfolgreiche praktische Tätigkeit nachweisen kann und über Referenzen, sowie gute Zeugnisse verfügt. Lohn nach Vereinbarung. Angebote erbitten unter „G. G.“ an die Expedition dieses Blattes. (432)

Junger Dreher und Gießer, 20 Jahre alt, sucht sich zu verändern. Angebote sind zu richten: Postlagernd Geraberg 20. (433)

Zuerst tüchtiger Schmelzer, welcher Blei-, Kristall- und Farnglas geschmolzen hat, sucht sofort Stellung. Angebote an den Arbeitsnachweis Karl Skucnia, Liebau i. Schl. Wilschstraße 4. (434)

Junger, tüchtiger Schmied, verheiratet, sucht anderweitige Stellung (Wohnung Weinung). Arbeitsangebote sind zu richten an Bruno Pustig, Berlin-Cöpenick, Wendenschloß-Str. 64. (435)

Verlag: Albia Karl, Charlottenburg, Brabeckstr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Krenninger, Charlottenburg, Brabeckstr. 2-5. Druck: E. Janiszewski, Berlin SO 26, Ellendammstr. 2/3